

# Bundestagswahl 2013

## Das vorläufige Ergebnis in Deutschland

Diese Bundestagswahl ist ein fulminanter Sieg für die CDU und insbesondere für Kanzlerin Angela Merkel, die auf dem vorläufigen Höhepunkt ihrer Macht steht. Mit einem Traumergebnis knapp unterhalb der absoluten Mehrheit der Mandate haben CDU und CSU bei der Bundestagswahl triumphiert und hat Merkel ihre dritte Amtszeit gesichert.

Allerdings wurde die schwarz-gelbe Koalition nach vier Jahren abgewählt, weil die FDP nach einem beispiellosen Absturz um rund zehn Prozentpunkte erstmals in ihrer Geschichte aus dem Parlament ausscheiden muss.

Die Union (CDU/CSU) erhielt dem vorläufigen amtlichen Endergebnis zufolge 41,5 % der Stimmen (2009: 33,8 %), der beste Wert seit 23 Jahren. Damit landete sie erstmals seit 1994 über der Schwelle von 40 %. Die SPD kam auf 25,7 % (23,0 %), auf Platz drei landete

die Linkspartei mit 8,6 % (11,9 %). Die Grünen lagen mit 8,4 % (10,7 %) knapp dahinter. Mit lediglich 4,8 % (14,6 %) der Stimmen muss die FDP den Bundestag verlassen. Auch die Alternative für Deutschland (AfD) schaffte es mit 4,7 % nicht ins Parlament.

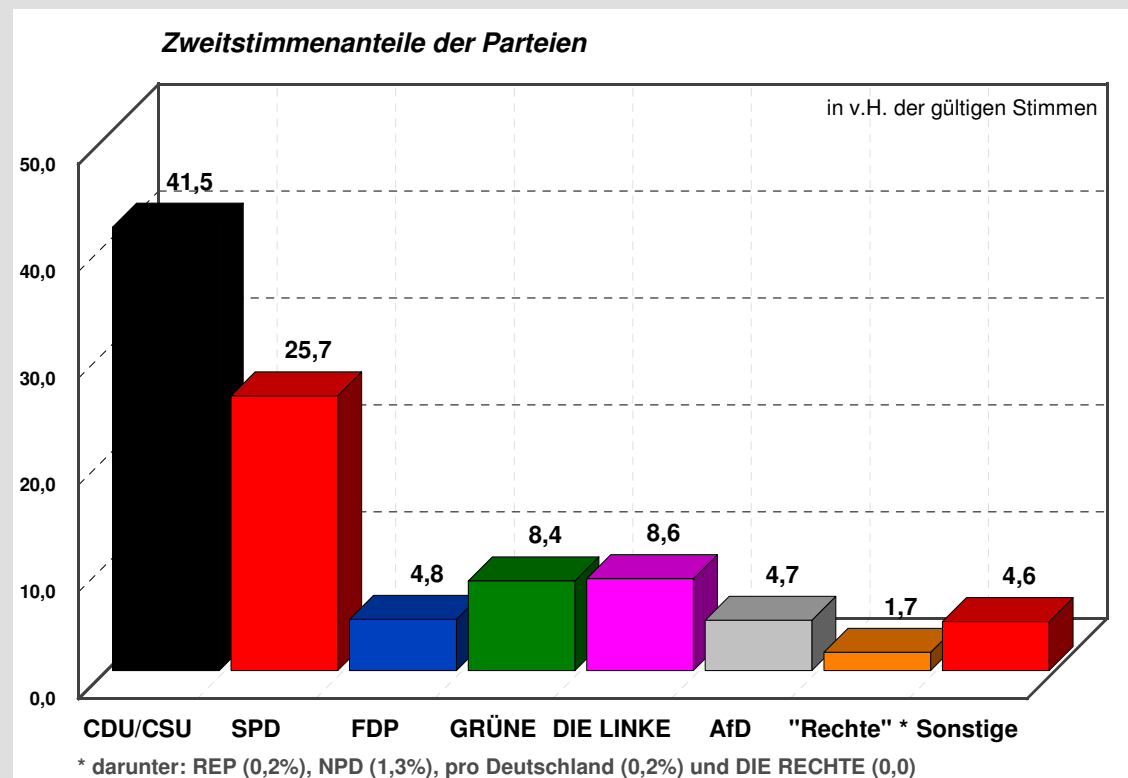
Der neue Bundestag hat 630 Mitglieder - damit gibt es 28 Überhangmandate. Die Union schickt 311 Abgeordnete ins Parlament. SPD (192 Sitze), Linkspartei (64) und Grüne (63) übernehmen zusammen mehr als die Hälfte der Mandate.

Bislang hatte es bei Bundestagswahlen nur einmal eine absolute Mehrheit gegeben: 1957 stimmten 50,2 % der Wähler für die Union von Kanzler Konrad Adenauer, der aber dennoch eine Koalition mit der damaligen Deutschen Partei (DP) bildete.

## Bundestagswahl 2013

1

### Das vorläufige Endergebnis für die Bundesrepublik Deutschland



Stadt Duisburg, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik

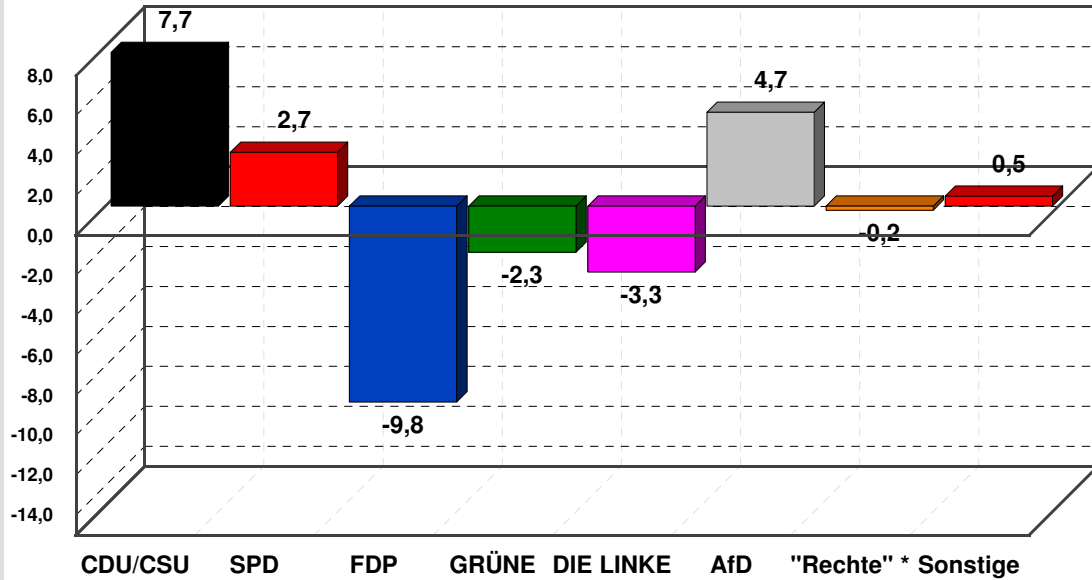


# Bundestagswahl 2013

2a

## Das vorläufige Endergebnis für die Bundesrepublik Deutschland

Veränderungen zur Bundestagswahl 2009 (Prozentpunkte)



\* 2009: REP, NPD, DVU;

2013: NPD, REP, pro Deutschland, DIE RECHTE

Stadt Duisburg, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik

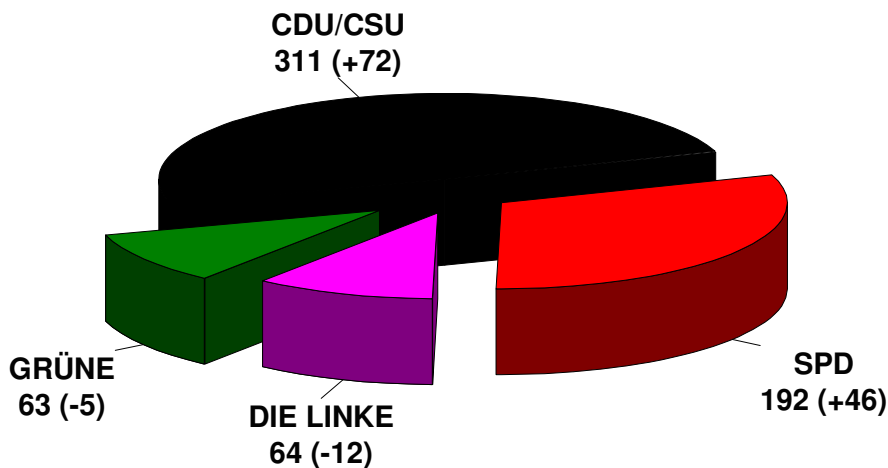


# Bundestagswahl 2013

2b

## Das vorläufige Endergebnis für die Bundesrepublik Deutschland

Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag



(In Klammern: Veränderungen gegenüber 2009)

Stadt Duisburg, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik



Aber auch wenn die Union eine eigene Mehrheit der Sitze verfehlt hat: Ihr Zugewinn ist mit rund acht Prozentpunkten historisch und der zweithöchste überhaupt. Bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2009 hatte die Union 33,8 % erreicht. Das war ihr zweitschlechtestes Ergebnis nach dem Krieg. Das heutige Ergebnis ist hingegen nach Prozenten das Beste seit 1990.

Der Absturz der FDP ist beispiellos. Im Jahr 2009 erreichten die Liberalen mit 14,6 % ihr bislang bestes Resultat. Die Dominanz der Union ließ auch im Lager der bisherigen Opposition kaum Platz für Jubel. Die SPD gewann zwar gegenüber 2009 etwas hinzu, doch von einer rot-grünen Mehrheit sind die Sozialdemokraten weit entfernt. Zudem ist das heutige Ergebnis das zweitschlechteste nach dem Krieg. Schlechter hatte die SPD mit 23 % nur bei der letzten Bundestagswahl abgeschnitten.

Linkspartei und Grüne haben gegenüber 2009 Verluste hinnehmen müssen. Bei der letzten Bundestagswahl hatten sie wie die FDP ihre bisherigen Topresultate eingefahren. Enttäuschung bei den Grünen. Sie waren 2009 noch auf 10,7 % gekommen, dabei hatten sie in der Mitte der Legislaturperiode zwischenzeitlich in Umfragen sogar bei mehr als 20 % gelegen - und auch wenige Wochen vor der Wahl noch Umfragewerte von rund 14 % erreicht.

Die eurokritische Alternative für Deutschland (AfD) wiederum schaffte bei ihrer ersten Bundestagswahl fast auf Anhieb eine Überraschung. Sie erreichte 4,7 % der abgegebenen Stimmen und verpasste den Einzug in den Bundestag nur knapp. Die zwischendurch hoch gehandelten Piraten spielen mit ihren 2,2 % keine Rolle mehr.

## Das Ergebnis der Bundestagswahl in Duisburg

Bei der Bundestagswahl 2013 waren 337.326 Duisburgerinnen und Duisburger wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag diesmal bei 67,4 % und damit 2,6 Prozentpunkte höher als noch zur letzten Wahl in 2009. Nachdem die Wahlbeteiligung seit der Bundestagswahl 1998 stetig rückläufig war, ist erstmals wieder ein Anstieg (vgl. Tab.1 und Abb. 3) festzustellen.

22 Parteien bzw. Wählergruppen waren mit einer Landesliste in Duisburg an der Wahl beteiligt. Die SPD konnte bei den Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2009 einen Anstieg von 2,7 Prozentpunkten verzeichnen und erreichte 40,9 % der gültigen Stimmen. Auf die CDU entfielen 28,4 %, das sind 3,3 Prozentpunkte mehr als noch zur letzten Bundestagswahl. Den dritten Rang bei den Zweitstimmen erreichte wieder die LINKE mit 8,3 % der gültigen Stimmen, das sind jedoch 4,2 Prozentpunkte weniger als zur Bundestagswahl 2009.

Auf Bündnis '90/Die Grünen entfielen 6,1 % der Wählerstimmen und damit 2,4 Prozentpunkte weniger als noch zur Bundestagswahl 2009. Die FDP bewegt sich in Duisburg im

Bundestrend: Sie erreichte mit 3,1 % 6,2 Prozentpunkte weniger als noch zur letzten Bundestagswahl. Die „Rechten“ in Duisburg konnten zwar ihren Wähleranteil um insgesamt 1,8 Prozentpunkte vergrößern, erreichten jedoch mit 2,8 % (NPD), 0,3 % (REP), 0,7 % (pro Deutschland) und 0,1 % (DIE RECHTE) relativ geringe Anteile an Wählerstimmen. Die PIRATEN, zur Bundestagswahl 2009 noch als „Phänomen“ bezeichnet, haben sich mit 2,4 % und leichten Verlusten auch in Duisburg in den Kanon der kleineren, sonstigen Parteien eingeordnet.

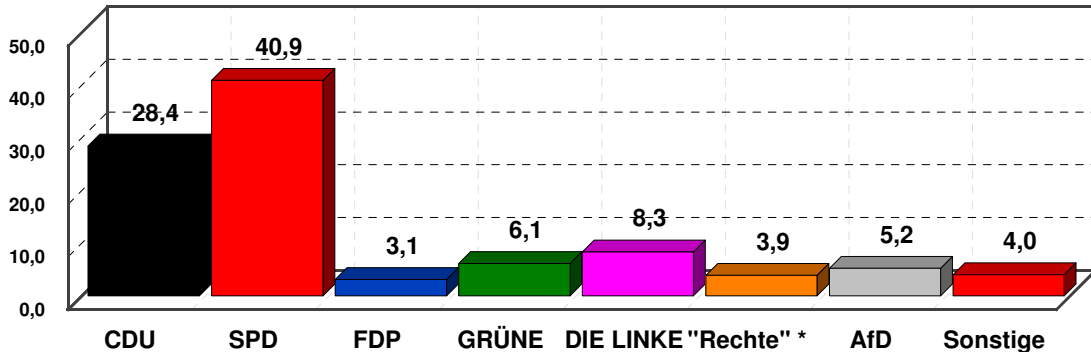
War der Briefwähleranteil von der Bundestagswahl 2005 bis hin zur Bundestagswahl 2009 schon von 18,4 % auf 21,0 % angestiegen, so erreichte der Anteil der Briefwähler an allen Wählern diesmal 22,8 %. Mehr als ein Fünftel aller Wähler wählen demnach nicht mehr an der Urne (aktuell: ca. 52.000 Briefwähler).

# Bundestagswahl 2013

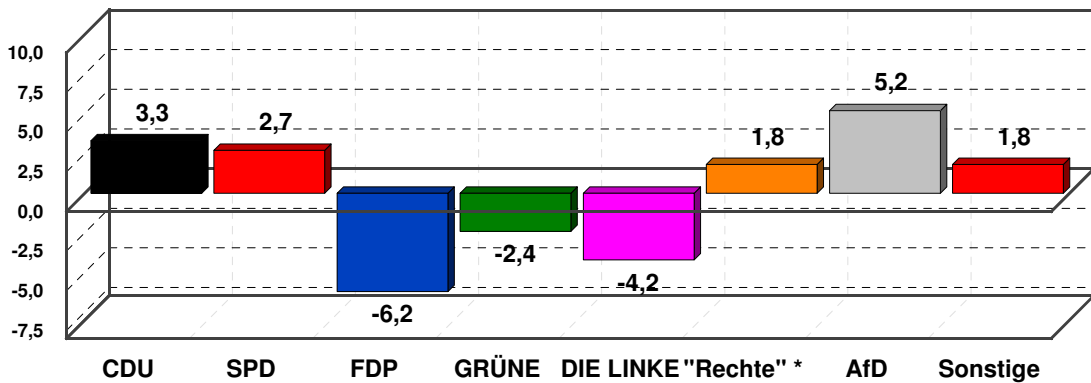
## Das Duisburger Endergebnis

Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf die...

in v.H.



Veränderungen zur Bundestagswahl 2009 (Prozentpunkte)



\* 2009: REP, NPD;

2013: NPD, REP, pro Deutschland, DIE RECHTE

Stadt Duisburg, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik.....



In den beiden Duisburger Bundestagswahlkreisen 115 (Duisburg I, Süd) und 116 (Duisburg II, Nord) hatten sich sieben bzw. neun Kandidatinnen und Kandidaten um ein Direktmandat für den Bundestag beworben. Im südlichen Wahlkreis konnte Bärbel Bas von der SPD mit 46,6 % der gültigen Erststimmen das Mandat gewinnen (vgl. Abb. 4 und Tab. 2). Thomas Mahlberg, der CDU-Direktkandidat, errang 32,2 % der Stimmen. Den Duisburger Nordwahlkreis gewann der erstmals angetretene Mahmut Özdemir von der SPD mit 43,2 %. Sein Herausforderer von der CDU, Volker P. Mosblech unterlag mit 29,6 % der Stimmen. Bärbel Bas errang 7,4 Prozentpunkte mehr als ihre Partei. Der CDU-Kandidat Thomas Mahlberg konnte über die Landesliste seiner Partei ein Bundestagsmandat erringen.

Mit jetzt 67,4 % ist der historische Tiefpunkt der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 (65,0 %) zwar nicht wieder erreicht worden, gleichwohl stellen 67,4 % die zweitniedrigste Wahlbeteiligung in Duisburg bei Bundestagswahlen dar. Auch der Zweitstimmenanteil der SPD (40,9 %) bewegt sich auf historisch tiefem Niveau. Nur die SPD-Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahlen in den 50-Jahren sowie das Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 2009 fielen knapp geringer aus. Historisches in jedem Fall auch bei der FDP: Mit 3,1 % der Zweitstimmen errang die FDP ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundestagswahlen in Duisburg. Mit 8,3 % der Stimmen hat die LINKE den dritten Rang unter den Duisburger Parteien verteidigt, dennoch musste sie 4,2 Prozentpunkte abgeben.

Abbildung 5 zeigt die Entwicklung von Wahlbeteiligung und Stimmenanteilen der Parteien bei Bundestagswahlen seit 1949 in Duisburg.

Tabelle 1: Ergebnis der Bundestagswahl 2013 (Erst- und Zweitstimmen) und Vergleich mit dem Bundestagswahlergebnis 2009 in Duisburg

	Ergebnis				Veränderung	
	Bundestagswahl 2013		Bundestagswahl 2009			
	abs.	%	abs.	%	abs.	%-Punkte
Wahlberechtigte	337 326	100,0	345 343	100,0	-8 017	-
Wähler	227 497	67,4	223 880	64,8	3 617	2,6
davon Briefwähler	51 964	22,8	47 051	21,0	4 913	1,8
gültige Erststimmen	223 273	100,0	220 334	100,0	2 939	-
davon CDU	69 131	31,0	64 780	29,4	4 351	1,6
SPD	100 538	45,0	97 799	44,4	2 739	0,6
FDP	3 635	1,6	12 690	5,8	-9 055	-4,2
GRÜNE	11 478	5,1	15 221	6,9	-3 743	-1,8
DIE LINKE	17 722	7,9	23 756	10,8	-6 034	-2,9
PIRATEN	6 835	3,1	-	-	6 835	3,1
NPD	9 284	4,2	5 144	2,3	4 140	1,9
AfD	4 299	1,9	-	-	4299	1,9
MLPD	351	0,2	275	0,1	76	0,1
Sonstige	-	-	669	0,3	-669	-0,3
gültige Zweitstimmen	224 447	100,0	220 779	100,0	3 668	-
davon CDU	63 774	28,4	55 446	25,1	8 328	3,3
SPD	91 892	40,9	84 261	38,2	7 631	2,7
FDP	6 935	3,1	20 581	9,3	-13 646	-6,2
GRÜNE	13 717	6,1	18 700	8,5	-4 983	-2,4
DIE LINKE	18 635	8,3	27 618	12,5	-8 983	-4,2
PIRATEN	5 346	2,4	3 808	2,6	1 538	-0,2
NPD	6 255	2,8	3 489	1,6	2 766	1,2
AfD	11 560	5,2	-	-	11560	5,2
REP	617	0,3	1 113	0,5	- 496	-0,2
Sonstige	5 716	2,5	5 763	1,7	- 47	0,8

Beim Verhältnis von Erststimmen zu Zweitstimmen im Duisburger Wahlergebnis lässt sich ein „Stimmensplitting“ im Sinne von Wählerwanderungseffekten zwischen verschiedenen Parteien erkennen: Zweitstimmen von SPD-Erststimmenwählern (Differenz: 4,1 Prozentpunkte) gingen wohl an die AfD und an die FDP. Wähler, die sich nicht mehr für die FDP entschieden haben (-6,2 %), haben darüber hinaus wohl vermehrt die AfD gewählt.

GRÜNEN) hin zur CDU und zu den Sonstigen (damit zur AfD und zur NPD).

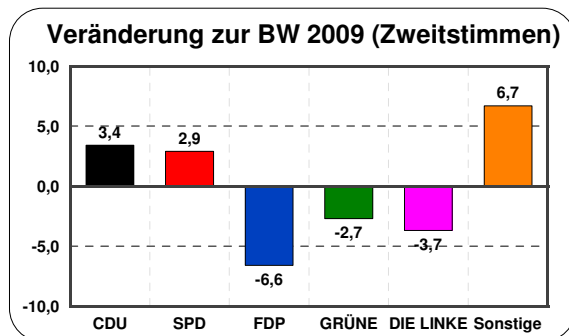
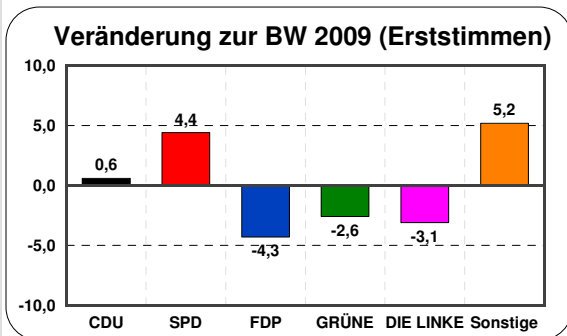
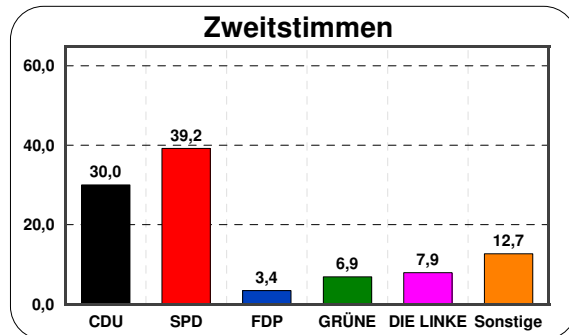
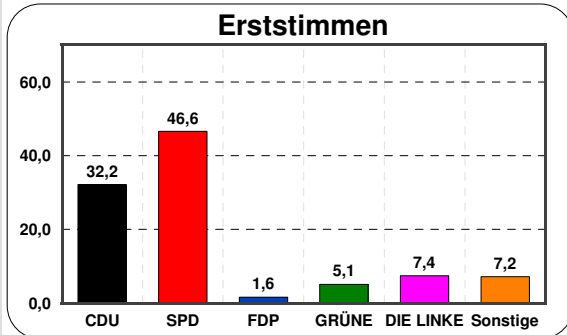
Auch eine Analyse der Wählermobilisierung zur Bundestagswahl 2013 macht dies deutlich. Abbildung 6 zeigt, dass es der SPD zu 75 % gelang, ihr eigentlich vorhandenes Wählerpotenzial auszuschöpfen. Mobilisierungsquoten von über 100 % bei der CDU und den Sonstigen (also deutlich über dem prognostizierten Wählerpotenzial) verweisen auf Wählerwanderungen von der FDP (teilweise wohl auch den

# Bundestagswahl 2013

## Die Ergebnisse in den Duisburger Bundestagswahlkreisen

### Duisburg-Süd

in v.H.



### Duisburg-Nord

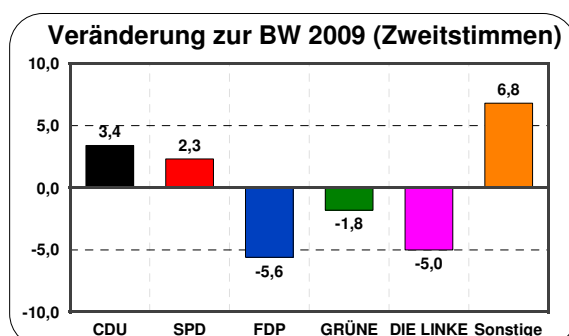
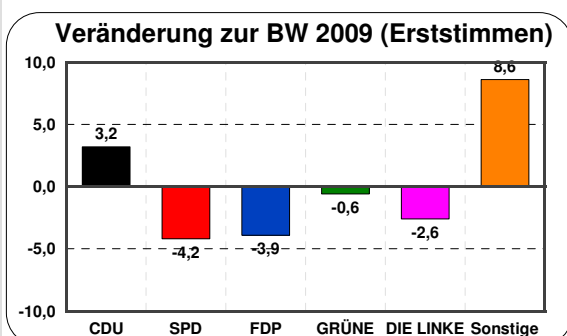
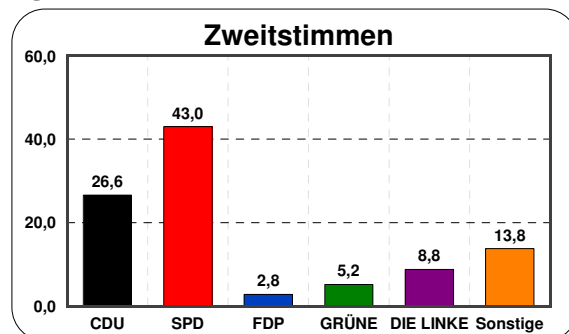
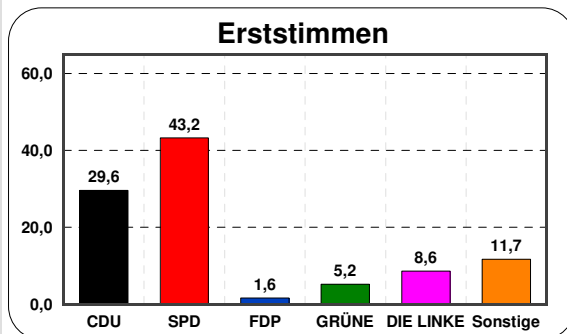


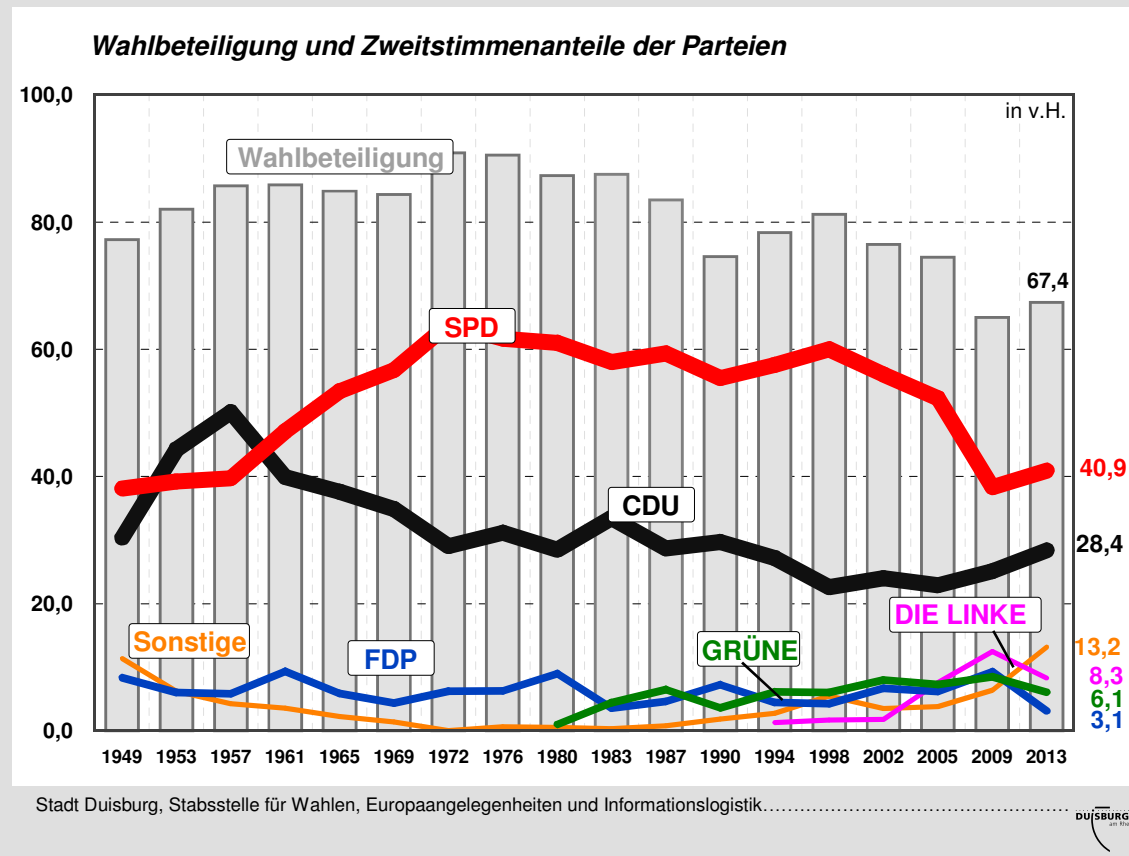
Tabelle 2: Ergebnis der Bundestagswahl 2013 in den Duisburger Bundestagswahlkreisen und Vergleich mit dem Bundestagswahlergebnis 2009

	Ergebnis				Veränderung	
	Bundestagswahl 2013		Bundestagswahl 2009			
	abs.	%	abs.	%	abs.	%-Punkte
<b>Wahlkreis 115 Duisburg I (Süd)</b>						
Wahlberechtigte	171 223	100,0	185 802	100	-14 579	-
Wähler	121 815	71,1	128 326	69,1	-6 511	2,0
davon Briefwähler	29 369	24,1	28 983	22,6	386	1,5
gültige Erststimmen	119 654	100,0	126 489	100	-6 835	-
davon CDU	38 477	32,2	40 001	31,6	-1 524	0,6
SPD	55 779	46,6	53 363	42,2	2 416	4,4
FDP	1 955	1,6	7 501	5,9	-5 546	-4,3
GRÜNE	6 107	5,1	9 791	7,7	-3 684	-2,6
DIE LINKE	8 802	7,4	13 237	10,5	-4 435	-3,1
PIRATEN	3 926	3,3	-	-	3 926	3,3
NPD	4 608	3,9	2 191	1,7	2 417	2,2
Sonstige	-	-	405	0,3	-405	-0,3
gültige Zweitstimmen	120 315	100,0	126 692	100	-6 377	-
davon CDU	36 109	30,0	33 638	26,6	2 471	3,4
SPD	47 165	39,2	45 956	36,3	1 209	2,9
FDP	4 044	3,4	12 709	10,0	-8 665	-6,6
GRÜNE	8 341	6,9	12 118	9,6	-3 777	-2,7
DIE LINKE	9 475	7,9	14 678	11,6	-5 203	-3,7
PIRATEN	2 897	2,4	2 305	1,8	592	0,6
NPD	2 748	2,3	1 529	1,2	1 219	1,1
AfD	6 211	5,2	-	-	6 211	5,2
Sonstige	3 325	2,8	3 759	3,0	-434	-0,2
<b>Direkt gewählt: Bärbel Bas, SPD</b>						
<b>Wahlkreis 116 Duisburg II (Nord)</b>						
Wahlberechtigte	166 103	100,0	159 541	100,0	6 562	-
Wähler	105 682	63,6	95 554	59,9	10 128	3,7
davon Briefwähler	22 595	21,4	18 068	18,9	4 527	2,5
gültige Erststimmen	103 619	100,0	93 845	100,0	9 774	-
davon CDU	30 654	29,6	24 779	26,4	5 875	3,2
SPD	44 759	43,2	44 436	47,4	323	-4,2
FDP	1 680	1,6	5 189	5,5	-3 509	-3,9
GRÜNE	5 371	5,2	5 430	5,8	-59	-0,6
DIE LINKE	8 920	8,6	10 519	11,2	-1 599	-2,6
PIRATEN	2 909	2,8	-	-	2 909	2,8
NPD	4 676	4,5	2 953	3,1	1 723	1,4
AfD	4 299	4,1	-	-	4 299	4,1
Sonstige	351	0,3	-	-	351	0,3
gültige Zweitstimmen	104 132	100,0	94 087	100,0	10 045	-
davon CDU	27 665	26,6	21 808	23,2	5 857	3,4
SPD	44 727	43,0	38 305	40,7	6 422	2,3
FDP	2 891	2,8	7 872	8,4	-4 981	-5,6
GRÜNE	5 376	5,2	6 582	7,0	-1 206	-1,8
DIE LINKE	9 160	8,8	12 940	13,8	-3 780	-5,0
PIRATEN	2 449	2,4	1 503	1,6	946	0,8
NPD	3 507	3,4	1 960	2,1	1 547	1,3
AfD	5 349	5,1	-	-	5 349	5,1
Sonstige	3 008	2,9	3 117	3,3	-109	-0,4
<b>Direkt gewählt: Mahmut Özdemir, SPD</b>						

# Bundestagswahl 2013

5

## Bundestagswahlen in Duisburg 1949 - 2013

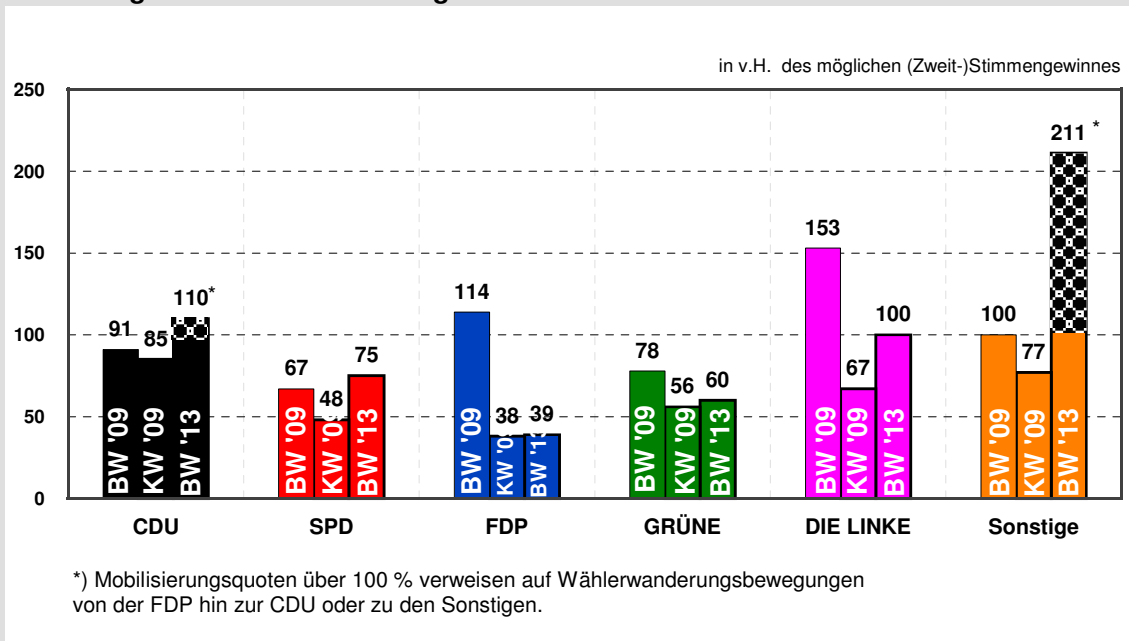


# Bundestagswahl 2013

6

## Mobilisierung des Wählerpotenzials in Duisburg

### Bundestagswahl 2013 - Bundestagswahl 2009 - Kommunalwahl 2009





## Das vorläufige Ergebnis der Bundestagswahl im Regionalvergleich

Die CDU kann ihre in der Bundestagswahl 2009 erstmalig seit 1984 wiedererlangte Position als stimmenstärkste Partei in Nordrhein-Westfalen (NRW) weiter ausbauen. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis votierten 39,8 % der Wähler für die CDU. Das sind 6,7 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Bundestagswahl. Auch die Duisburger CDU verbessert sich um 3,3 Prozentpunkte auf 28,4 % der abgegebenen Stimmen.

Die SPD verzeichnet auf Stadt-, Landes- und Bundesebene leichte Zugewinne. Auf Landesebene verbessert sich die SPD um 3,4 Prozentpunkte auf 31,9 % der Wählerstimmen. Damit liegt die SPD in NRW sowohl im Stimmengewinn als auch im Stimmenanteil über dem Bundesdurchschnitt, der sich um 2,7 Pro-

zentpunkte auf 25,7 % verbesserte. Nach den starken Verlusten in der letzten Bundestagswahl wächst die SPD in Duisburg um 2,7 Prozentpunkte und bleibt mit 40,9 % mit weitem Abstand zur CDU die stimmenstärkste Partei.

Die FDP hat nach den vorläufigen Ergebnisse dramatische Verluste hinnehmen müssen. Die Verluste auf Landes- und Bundesebene (9,7 bzw. 9,8 Prozentpunkte) sind gleichwohl stärker als in Duisburg (6,2 Prozentpunkte). Die FDP schafft es in NRW knapp über die fünf Prozent, während die Duisburger FDP bei 3,1 % und auf Bundesebene bei 4,8 % Stimmenanteile liegt.

**Tabelle 3: Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 in Duisburg, in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet im Vergleich zur Bundestagswahl 2009**

	Wahlbeteiligung	Zweitstimmenanteil					
		CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Sonstige
<b>Bundestagswahl 2013</b>							
Duisburg	67,4	28,4	40,9	3,1	6,1	8,3	13,2
NRW	72,5	39,8	31,9	5,2	8,0	6,1	9,0
Bundesgebiet	71,5	41,5	25,7	4,8	8,4	8,6	11,0
<b>Bundestagswahl 2009</b>							
Duisburg	64,8	25,1	38,2	9,3	8,5	12,5	6,4
NRW	71,4	33,1	28,5	14,9	10,1	8,4	5,0
Bundesgebiet	70,8	33,8	23,0	14,6	10,7	11,9	6,0
<b>Veränderungen Bundestagswahl 2013 zur Bundestagswahl 2009 in Prozentpunkten</b>							
Duisburg	2,6	3,3	2,7	-6,2	-2,4	-4,2	6,8
NRW	1,1	6,7	3,4	-9,7	-2,1	-2,3	4,0
Bundesgebiet	0,7	7,7	2,7	-9,8	-2,3	-3,3	5,0

Die B90/Grünen verlieren zur letzten Bundestagswahl in Duisburg, NRW und im Bund zwischen zwei und drei Prozentpunkte an Stimmen. In Duisburg wählten 6,1 % der Wähler B90/Grünen. Damit liegt die Partei wie bereits zur letzten Bundestagswahl in Duisburg um die zwei Prozentpunkte niedriger als auf Landesebene (8,0 %) und Bundesebene (8,4 %).

Leicht höhere Verluste als B90/Grünen muss Die Linke in Duisburg hinnehmen. Mit einem

Verlust von 4,2 Prozentpunkten erhält sie 8,3 % der Wählerstimmen und bleibt damit drittstärkste Kraft in Duisburg. Die Linke verliert landesweit weniger (2,3 Prozentpunkte) als in Duisburg oder im Bundesgebiet (3,3 Prozentpunkte), jedoch ist ihr Stimmenanteil in NRW wie bereits zur letzten Bundestagswahl mit 6,1 % geringer als in Duisburg oder im Bundesgebiet (8,6 %).

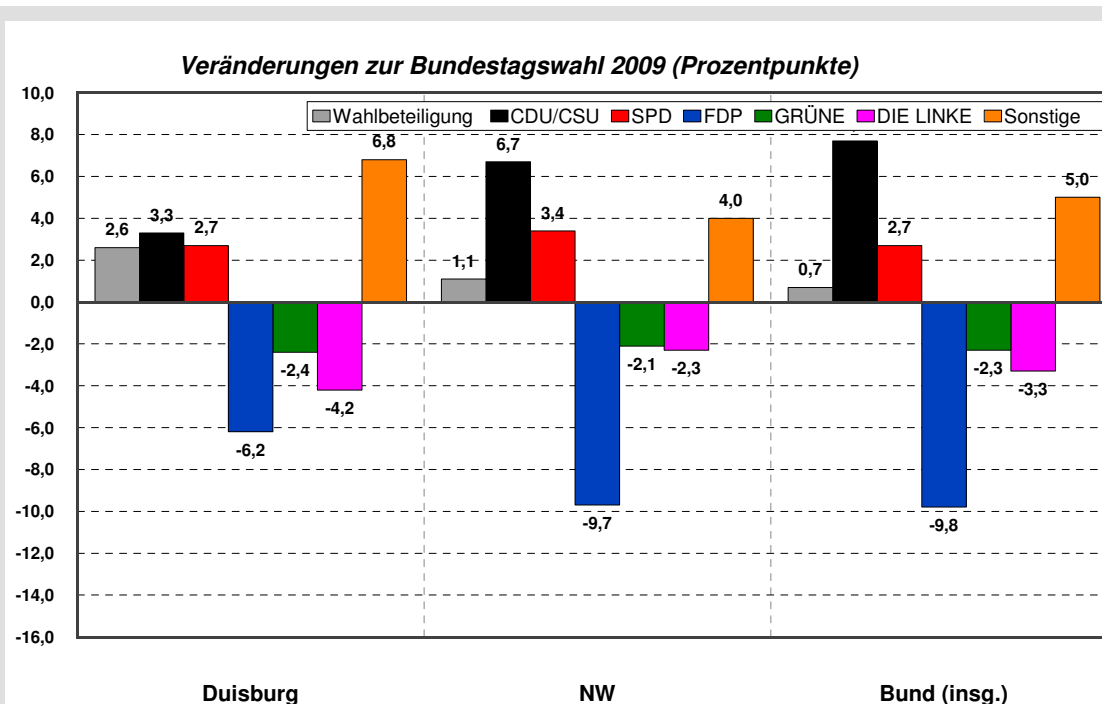
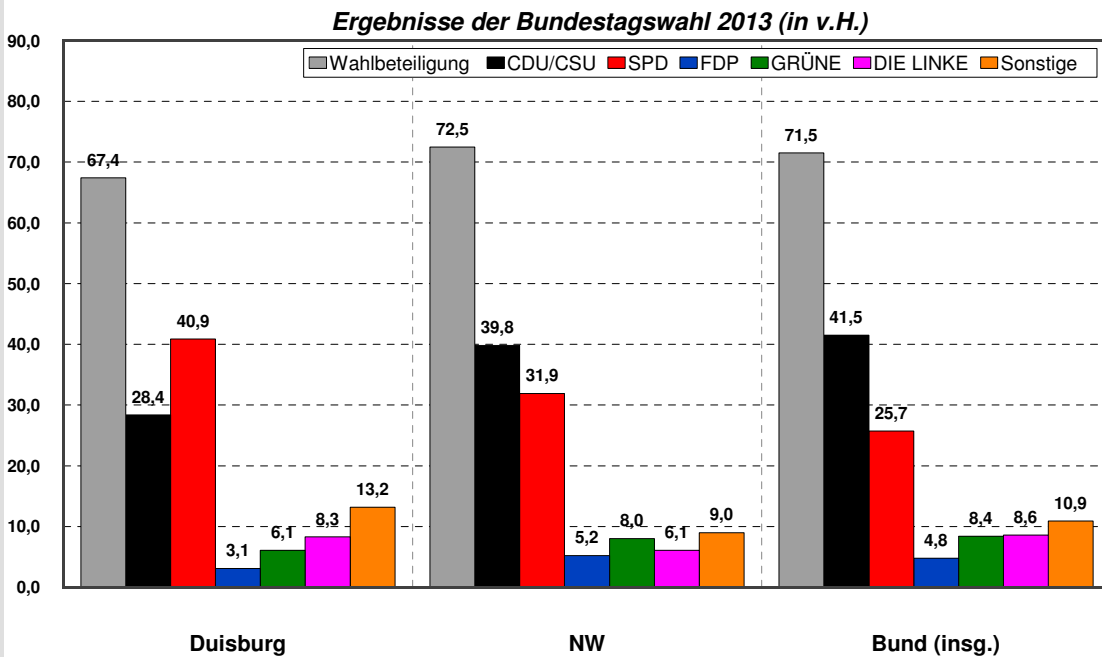
Mehr Zustimmung als in der letzten Bundestagswahl erhalten die sonstigen Parteien. Hier liegt der Zuwachs auf Landes- und Bundesebene bei vier bzw. fünf Prozentpunkten. In Duisburg sind es sogar knapp sieben Prozentpunkte mehr. Damit vereinen die „Sonstigen“ in Duisburg 13,2 %, in NRW 9,0 % und im Bund 10,9 % der Wählerstimmen auf sich.

Die Wahlbeteiligung ist in dieser Bundestagswahl nur leicht gestiegen. Der dramatische Abfall der Wahlbeteiligung in der letzten Bundestagswahl scheint gestoppt zu sein, aber die aktuelle Wahlbeteiligung bleibt hinter der Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2005 weit zurück.

# Bundestagswahl 2013

## Duisburg im Regionalvergleich

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien

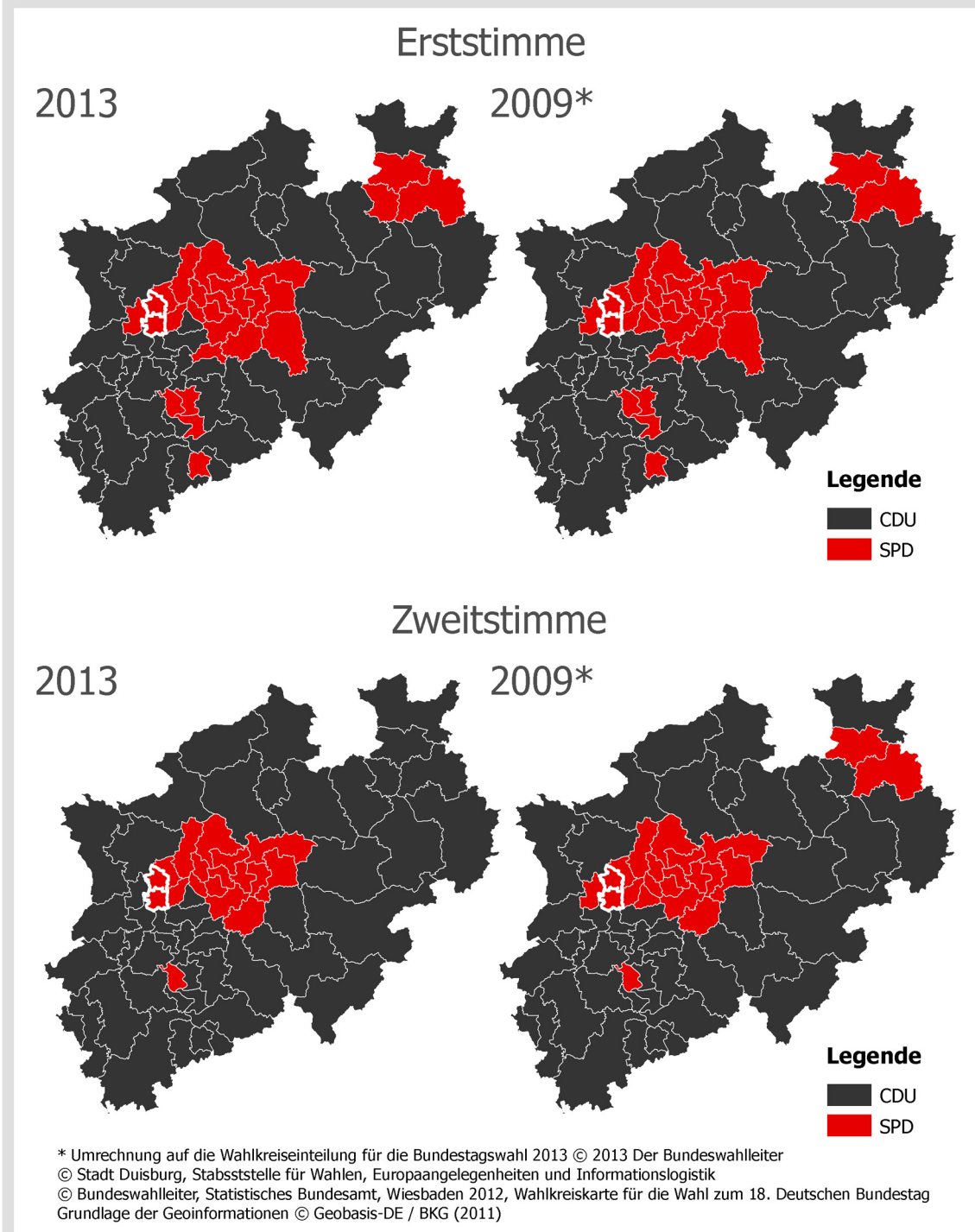


Bei dem Vergleich der relativen Mehrheiten in den Bundestagswahlkreisen des Landes NRW ergibt sich für die SPD bezüglich der Erststimmen eine ausgeglichene Bilanz. Die SPD verliert im Wahlkreis Köln III mit lediglich drei Stimmen Unterschied ein Direktmandat, jedoch gewinnt die Partei im Wahlkreis Bielefeld – Gütersloh II ein Direktmandat von der CDU.

Anders sieht dies bei der Betrachtung der Zweitstimmen aus. Hier verliert die SPD gegenüber den Ergebnissen der Bundestagswahl 2009 in vier Wahlkreisen die relative Mehrheit. Dies betrifft die Wahlkreise Krefeld II – Wesel II, Essen III, Herford – Minden-Lübbecke II und Lippe I.

# Bundestagswahl 2013

## Duisburg im Regionalvergleich



## Die Duisburger Ergebnisse im Städtevergleich

Ein Vergleich der (Zweit-)Stimmenanteile der deutschen Großstädte mit mehr als 300.000 Einwohnern sowie in ausgewählten Ruhrgebietsstädten gibt Aufschluss über das Wahlverhalten in den Ballungsräumen bei der Bundestagswahl 2013 im Vergleich mit der Bundestagswahl 2009.

Unter den deutschen Großstädten erzielte die CDU 2013 in Düsseldorf mit 38,8 % der gültigen Stimmen ihr bestes Ergebnis. Am schlechtesten hingegen schnitt die CDU mit 27,7 % in Gelsenkirchen ab, gefolgt von Duisburg mit 28,4 % (vgl. Abb. 9). In den Großstädten lag die CDU mit 32,6 % der gültigen Stimmen deutlich unter dem Bundesergebnis von 41,5 % (vgl. Tab.4).

In den deutschen Großstädten lag die Wahlbeteiligung 2009 (76,7 %) über dem Wert im Bund (70,8 %). Bei der Bundestagswahl 2013 hingegen lag die Wahlbeteiligung in den Metropolen mit 70,7 % unter dem bundesweiten Durchschnitt von 71,5 % (vgl. Tab.4).

Demgegenüber holte die SPD ihr bestes Ergebnis (44 %) in Gelsenkirchen, gefolgt von Oberhausen (41,7 %) und Duisburg (40,9 %). Schlusslicht bei der SPD war mit 14,9 % der gültigen Stimmen

**Tabelle 4: Die vorläufigen Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl 2013 in den Großstädten mit mehr als 300 000 Einwohnern sowie in ausgewählten Ruhrgebietsstädten (in v.H.) und Differenz zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2009**

Stadt	Wahlbeteiligung		Zweitstimmenanteile													
			CDU <sup>1)</sup>		SPD		FDP		GRÜNE		DIE LINKE		NPD		Sonstige	
			B' 13	Diff.	B' 13	Diff.	B' 13	Diff.	B' 13	Diff.	B' 13	Diff.	B' 13	Diff.	B' 13	Diff.
<b>Ruhrgebiet</b>																
Duisburg	67,4	-7,1	28,4	3,3	40,9	2,7	3,1	-6,2	6,1	-2,4	8,3	-4,2	2,8	1,2	10,4	5,6
Gelsenkirchen	65,3	-8,3	27,7	4,5	44,0	2,0	3,0	-6,0	5,5	-1,4	7,6	-4,5	2,2	0,5	10,0	4,9
Oberhausen	69,4	-7,4	29,6	5,5	41,7	2,2	3,1	-6,9	6,5	-2,4	8,1	-3,5	2,2	0,7	8,8	4,4
Dortmund	68,1	-7,2	29,0	4,6	39,5	5,2	4,0	-7,7	9,6	-2,8	7,8	-3,4	1,3	0,2	8,8	4,0
Bochum	72,2	-6,7	29,9	5,7	39,7	2,6	3,6	-6,8	9,2	-2,2	7,9	-3,4	1,3	0,1	8,4	4,0
Essen	71,3	-6,1	32,9	5,7	37,3	2,3	4,6	-7,7	8,2	-2,1	7,1	-2,6	1,4	0,2	8,5	4,1
Mülheim a.d. Ruhr	75,1	-5,6	34,5	7,2	36,9	2,7	5,1	-9,2	7,6	-2,7	6,5	-2,8	1,1	0,2	8,3	4,5
<b>Sonstiges NRW</b>																
Köln	67,8	-8,4	33,0	6,1	29,8	4,1	6,0	-9,6	14,1	-3,8	8,1	-0,9	0,6	-0,3	8,4	4,4
Düsseldorf	73,3	-4,1	38,8	6,7	28,2	4,0	7,6	-10,3	9,6	-3,0	7,0	-1,6	0,6	0,0	8,2	4,2
Wuppertal	69,6	-6,7	33,9	4,7	32,1	4,9	5,8	-8,2	9,9	-2,8	8,3	-2,9	1,1	0,0	8,9	4,1
Bielefeld	72,7	-7,2	35,3	4,9	32,6	2,6	3,9	-7,2	11,7	-2,4	8,4	-1,3	0,7	-0,1	7,4	3,5
<b>Bundesgebiet (Nord)</b>																
Hamburg	69,6	-7,9	32,2	4,4	32,4	5,0	4,8	-8,4	12,6	-3,0	8,8	-2,4	0,6	-0,3	8,6	4,7
Bremen	69,9	-6,3	29,1	5,4	35,0	5,2	3,5	-7,2	12,8	-3,4	10,2	-4,0	1,0	-0,1	8,4	4,1
Hannover	72,4	-6,0	31,6	6,2	35,1	4,6	4,5	-7,7	13,9	-2,3	7,2	-2,8	0,6	-0,5	7,1	2,5
<b>Bundesgebiet (Mitte/Süd)</b>																
Frankfurt am Main	70,7	-5,1	33,7	5,9	26,5	4,6	7,0	-10,5	14,5	-2,7	8,5	-2,0	0,6	-0,3	9,2	4,9
Stuttgart	76,7	-2,4	38,4	9,9	21,9	2,1	7,5	-10,9	15,8	-4,3	6,4	-1,4	0,5	-0,1	9,5	4,7
Mannheim	69,4	-4,3	35,1	6,1	27,5	2,8	5,5	-9,5	11,1	-2,5	7,5	-3,8	1,2	-0,1	12,1	7,1
München	71,2	-5,7	37,8	5,7	23,9	4,6	7,7	-9,9	14,0	-3,5	4,6	-2,1	0,4	-0,3	11,6	5,4
Nürnberg	66,8	-8,5	37,1	5,3	27,8	4,2	4,8	-8,0	10,9	-2,1	6,6	-2,9	1,1	-0,6	11,7	4,2
<b>Bundesgebiet (Ost)</b>																
Berlin	72,4	-5,0	28,5	5,7	24,6	4,4	3,6	-7,9	12,3	-5,1	18,5	-1,7	1,5	-0,1	11,0	4,8
Halle/Saale	65,1	-6,1	36,4	10,5	18,3	2,1	3,0	-8,1	7,8	-1,5	24,9	-7,2	0,0	-1,5	9,6	5,8
Leipzig	67,9	-6,7	34,6	6,6	18,7	0,6	3,0	-9,3	9,2	-2,8	22,0	-3,5	1,9	-0,8	10,6	9,3
Dresden	74,1	-0,4	38,6	5,0	14,9	-0,1	3,1	-10,5	9,1	-3,5	18,7	-2,5	2,4	-0,2	13,2	11,8
Städte insgesamt	70,7	-6,0	32,6	5,7	28,8	3,6	4,8	-8,5	11,6	-3,4	11,2	-2,4	1,1	-0,2	9,9	5,1
Bund insgesamt	71,5	0,7	41,5	7,7	25,7	2,7	4,8	-9,8	8,4	-2,3	8,6	-3,3	1,3	0,9	9,7	4,1

<sup>1)</sup> in Bayern CSU

Dresden. Der Stimmenanteil der SPD in den Städten lag mit 28,8 % leicht über dem Anteil im Bund mit 25,7 % (vgl. Tab.4 und Abb. 9).

-2,3 % im Bund verzeichnet wurde, betrug er im Großstädtedurchschnitt -3,4 %.

Unter den Ruhrgebietsstädten holte DIE LINKE in Duisburg ihren höchsten Stimmenanteil (8,3 %). Ihr bestes Ergebnis wurde mit 24,9 % Stimmenanteil in Halle/Saale erzielt. In beinahe allen Städten – bis auf Gelsenkirchen, Halle/Saale, Leipzig und Dresden - konnte DIE LINKE leicht zulegen: Die drei letztgenannten Metropolen sowie Berlin stellen dabei nach wie vor die urbanen Hochburgen der Partei dar.

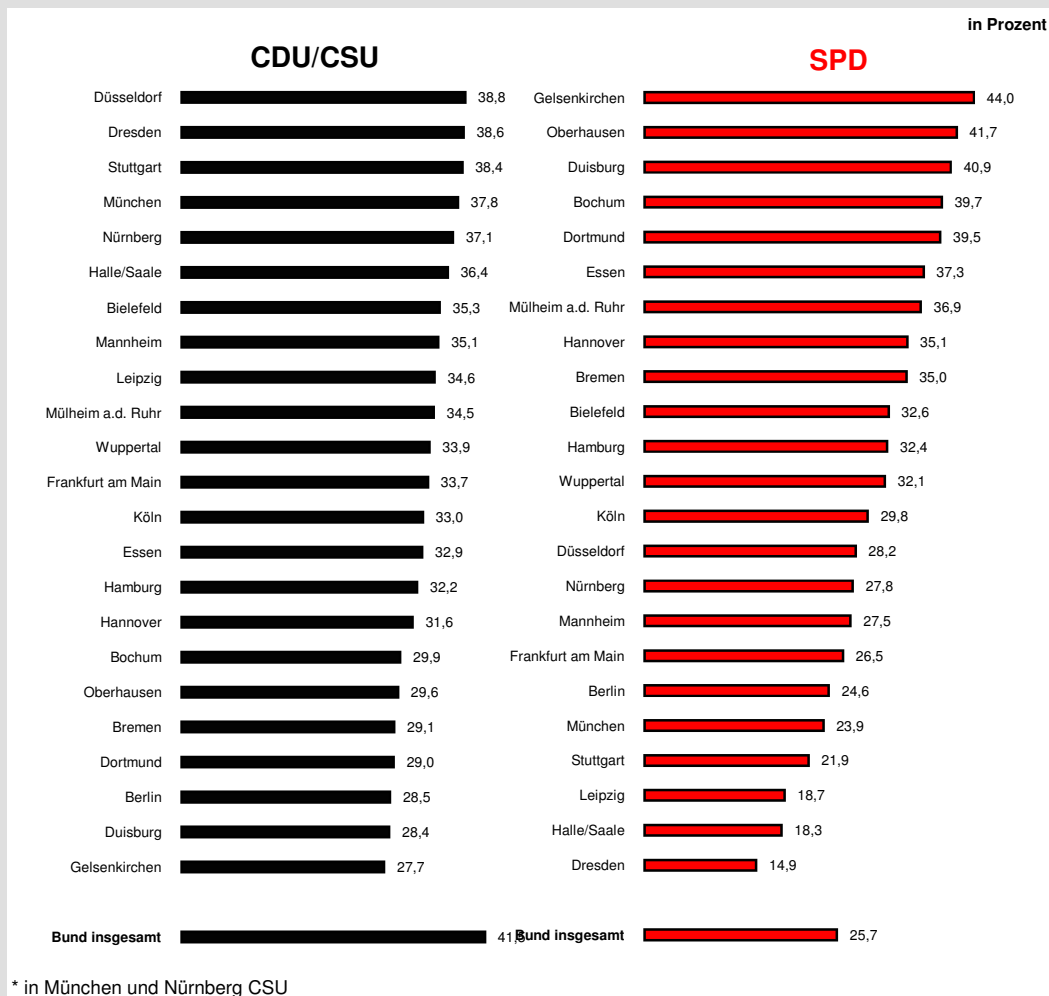
Bei der Bundestagswahl 2013 fiel die FDP, die 2009 zur drittstärksten Kraft im Bund wurde, deutlich hinter den Rivalen DIE LINKE und die GRÜNEN zurück. Der Siegeszug der FDP bei der Bundestagswahl 2009 verwandelte sich 2013 sowohl im Bund als auch in den Großstädten ins Gegenteil: Während die FDP vor vier Jahren in allen Ruhrgebietsstädten über 5 % der Stimmen für sich verbuchen konnte, schaffte sie dies 2013 lediglich in Mülheim an d. Ruhr (vgl. Tab. 4).

Bei der Bundestagswahl 2013 wurde die GRÜNEN viertstärkste Partei. Ihr schlechtestes Ergebnis wurde mit 5,5 % in Gelsenkirchen verzeichnet, gefolgt von einem Stimmenanteil von 6,1 % in Duisburg. Am besten schnitten die GRÜNEN mit 15,8 % der gültigen Stimmen in Stuttgart ab. Während ein Rückgang des Stimmenanteils von

Ihr bestes Ergebnis schaffte die NPD mit 2,8 % der gültigen Stimmen in Duisburg, während sie in Dresden 2,4 % der Stimmen, sowie in den Ruhrgebietsstädten Gelsenkirchen (2,2 %) und Oberhausen (2,2 %) für sich verbuchen konnte. In allen Städten außer in Frankfurt am Main, Stuttgart und Halle/Saale legte die NPD zu.

## Bundestagswahl 2013

### Stimmenanteile von CDU\* und SPD in ausgewählten Städten



## Die Ergebnisse in den Duisburger Parteihochburgen

Die SPD hat den deutlichen Stimmenverlust der letzten Bundestagswahl 2009 gestoppt und kann sich als stimmenstärkste Partei in Duisburg weiterhin behaupten. Moderate Zuwächse um die vier Prozentpunkte gab es insbesondere in den Hochburgen der GRÜNEN und der LINKEN sowie bei den Hochburgen der „Rechten“ (vgl. Tab. 5 und Abb. 10).

Größter Stimmengewinner der Wahl ist die CDU. Insbesondere in den eigenen Hochburgen und den Hochburgen der FDP erreicht sie Zuwächse von ca. sechs Prozentpunkten.

Die bisher im Bundestag vertretenen kleineren Parteien FDP, GRÜNE und DIE LINKE verzeichnen starke Verluste in den jeweils eigenen Hochburgen, aber auch in den Hochburgen aller anderen Parteien. Die kleineren Parteien weisen jedoch unterschiedliche Muster bei den Verlusten in den eigenen und den fremden Parteihochburgen auf:

Die FDP verliert gegenüber der Bundestagswahl 2009 um die acht Prozentpunkte in den eigenen Hochburgen und in den Hochburgen der CDU. Deutliche Verluste sind auch in den Hochburgen von B90/Grüne zu verzeichnen.

DIE LINKE verliert in den Hochburgen der CDU, SPD, FDP und der eigenen die Prozentpunkte, die sie in der Bundestagswahl 2009 gewonnen hat. Die stärksten, zwischen fünf und sechs Prozentpunkte liegenden, Verluste sind in den eigenen Hochburgen, sowie in den Hochburgen der SPD und der „Rechten“ festzustellen.

Die GRÜNEN haben in ihren eigenen Hochburgen und in den Hochburgen der anderen Parteien jeweils zwei bis drei Prozentpunkte verloren. Die relativ moderaten und gleichmäßigen Verluste unterscheiden sich von den über die Hochburgen unregelmäßig verteilten Verlusten der FDP und DIE LINKE deutlich.

Wähler der „Rechten“ befinden sich in den Hochburgen der SPD und DIE LINKEN, sowie den eigenen. In diesen Hochburgen sind auch die höchsten Stimmengewinne um die zwei Prozentpunkte festzustellen.

Die Veränderungen und die Unterschiede in der Wahlbeteiligung und den Stimmenanteilen gegenüber der letzten Bundestagswahl geben Einblick in die unterschiedliche Mobilisierung und Bindung der Stammwähler in den Parteihochburgen. Die gesteigerte Wahlbeteiligung in allen Hochburgen bedeutet in den Hochburgen der kleineren Parteien keinen Zugewinn an Stimmen. Vielmehr sind die Stimmen aus höchst unterschiedlichen Gründen zum großen Teil an die großen Volkparteien gegangen. Die Hochburgen der SPD (48,3 %) und die Hochburgen der CDU (37,5 %) gehen gestärkt aus der Wahl hervor. Auch die Hochburgen der „Rechten“ (5,7 %) gehen leicht gestärkt aus der Wahl hervor. Die Hochburgen von B90/Grüne (10,2 %), die Hochburgen von der Partei Die Linke (11,2 %) sind leicht geschwächt. Die Hochburgen der FDP (4,0 %) sind stark geschwächt.

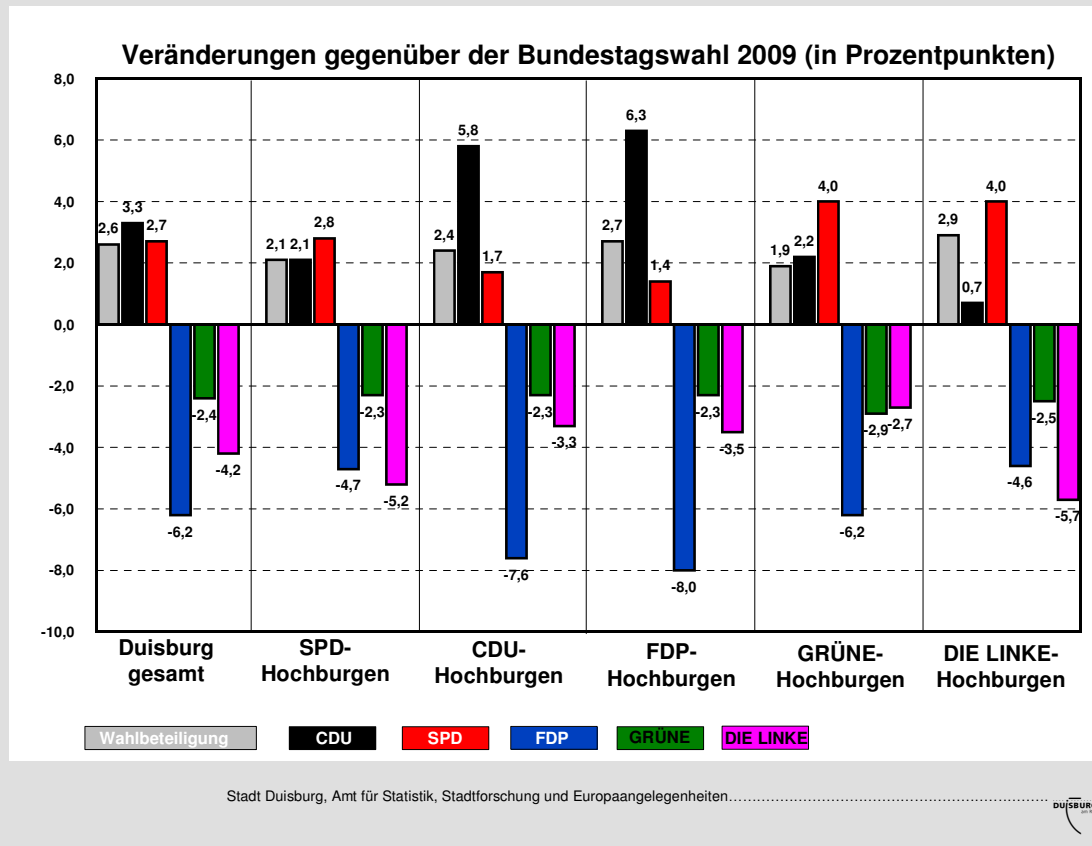
**Tabelle 5: Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 und Veränderungen gegenüber der Bundestagswahl 2009 in den Parteihochburgen**

	Wahlbeteil.		CDU		SPD		FDP		GRÜNE		LINKE		"RECHTE"*	
	B '13	Diff.	B '13	Diff.	B '13	Diff.	B '13	Diff.	B '13	Diff.	B '13	Diff.	B '13	Diff.
<b>Hochburgen</b>														
CDU	77,6	2,4	37,5	5,8	36,0	1,7	4,1	-7,6	6,3	-2,3	5,5	-3,3	2,6	1,2
SPD	61,1	2,1	22,0	2,1	48,3	2,8	2,0	-4,7	4,4	-2,3	8,8	-5,2	5,3	2,5
FDP	77,3	2,7	35,9	6,3	36,9	1,4	4,0	-8,0	6,6	-2,3	5,5	-3,5	2,8	1,3
GRÜNE	71,1	1,9	27,9	2,2	36,0	4,0	3,7	-6,2	10,2	-2,9	10,8	-2,7	2,1	0,7
Linke	55,3	2,9	22,1	0,7	44,0	4,0	2,3	-4,6	5,0	-2,5	11,2	-5,7	5,0	2,2
"RECHTE"	56,3	3,2	20,9	1,1	47,1	3,7	1,9	-4,5	3,9	-2,6	10,1	-5,8	5,7	2,1
Piraten	67,8	1,8	26,9	2,4	37,0	3,9	3,3	-6,3	9,6	-3,0	11,1	-2,9	2,6	1,0
<b>Duisburg</b>														
<b>Insgesamt</b>	67,4	2,6	28,4	3,3	40,9	2,7	3,1	-6,2	6,1	-2,4	8,3	-4,2	3,9	1,8

\*("RECHTE": NPD, REP, pro Deutschland und Die Rechte)

# Bundestagswahl 2013

## Wahlergebnisse in Parteihochburgen



## Die Duisburger Ergebnisse nach sozialer Belastung und Bevölkerungszusammensetzung von Ortsteilen

Um den Einfluss von sozialer Belastung und Bevölkerungszusammensetzung der Duisburger Ortsteile auf das Wahlverhalten der dort lebenden Bürger zu überprüfen, wurden jeweils fünf Duisburger Ortsteile zu einem Stadtgebiet mit hoher sozialer Belastung (benachteiligte Ortsteile) und fünf Ortsteile zu einem Gebiet mit niedriger sozialer Belastung (privilegierte Ortsteile) zusammengefasst; genauso wurden die fünf Duisburger Ortsteile mit dem höchsten Zuwandereranteil und die mit dem niedrigsten Zuwandereranteil zu zwei unterschiedlichen Stadtgebieten zusammengefasst.

Soziale Belastung wurde dabei über die soziodemographischen Strukturindikatoren Arbeitslosigkeit, Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und Leistungsbezug nach SGB II (Arbeitslosengeld II/Hartz IV) erfasst. Der Zuwandereranteil wurde auf Basis der Anzahl der

im jeweiligen Ortsteil lebenden Personen mit Migrationshintergrund bestimmt.

Schon bei der Bundestagswahl 2009 ist eine vergleichbare Auswertung vorgenommen worden. Dabei ist deutlich geworden, dass sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Entscheidungen für einzelne Parteien stark durch die soziale Belastung und die Bevölkerungszusammensetzung des jeweiligen Ortsteils geprägt waren. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass dieser Einfluss 2009 gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl 2005 sogar noch zugenommen hat.

Diese Unterschiede und Trends haben sich bei dieser Bundestagswahl mit gewissen Abstrichen bestätigt.

Eine erste Ausnahme stellt die Wahlbeteiligung dar, die in Duisburg insgesamt gegenüber der Bundestagswahl 2009 angestiegen ist. Insgesamt war zwar auch bei dieser Wahl die Beteiligung in den privilegierten Stadtgebieten deutlich höher als in den benachteiligten. Es sind aber die benachteiligten Ortsteile, die in etwa durchschnittliche Zuwächse realisieren können, während die Wahlbeteiligung in den privilegierten Ortsteilen sogar rückläufig ist. Eine ähnliche Dynamik ergibt sich auch für die Gebiete mit hohem Zuwandereranteil, in denen die Wahlbeteiligung ebenfalls deutlich zugenommen hat (vgl. Tab. 6 u. Abb. 11).

In Bezug auf die Wahlergebnisse der einzelnen Parteien haben sich die Unterschiede zwischen beiden Gebietstypen weitgehend bestätigt; bei den Trends haben sich aber deutliche Verschiebungen gegenüber der Dynamik bei der Bundestagswahl 2009 ergeben.

Die SPD wird traditionell häufiger in benachteiligten Stadtgebieten und in Gebieten mit höherem Zuwandereranteil gewählt als in privilegierten Gebieten mit niedrigerem Zuwandereranteil. Bei der Bundestagswahl 2009 war dieser Zusammenhang gegenüber 2005 allerdings eher schwächer geworden. Bei dieser Wahl ist es

weiterhin so, dass die SPD in benachteiligten Ortsteilen mit hohem Zuwandereranteil häufiger gewählt wird; gegenüber den Trends der Bundestagswahl 2009 hat sie aber deutlich wieder Boden gutmachen können: Ihre Zuwächse in diesen Ortsteilen sind nahezu dreimal so hoch ausgefallen wie in den privilegierten Gebieten. Unter den etablierten Parteien weist die SPD damit bei dieser Wahl das ausgeglichene Ergebnis zwischen beiden Gebietstypen auf.

Die Unterschiede zwischen beiden Gebietsgruppen in den Stimmenanteilen der CDU besitzen ein umgekehrtes Vorzeichen und sind dabei weitaus stärker ausgeprägt als die innerhalb der SPD-Wähler: In den benachteiligten Stadtgebieten mit höherem Zuwandereranteil hat sich im Vergleich mit den privilegierten Stadtteilen mit niedrigem Zuwandereranteil etwa nur die Hälfte der Wähler für die CDU entschieden. Gegenüber der Bundestagswahl 2009 hat sich der Unterschied zwischen beiden Gebietstypen erneut noch deutlich verstärkt: Während die CDU in den privilegierten Stadtteilen mit niedrigem Zuwandereranteil mit Werten zwischen 6, 5 und 8 Prozentpunkten ca. doppelt so hohe Zuwächse wie in der Gesamtstadt realisieren konnte, stagniert ihr Stimmenanteil in den sozial belasteten Stadtgebieten mit höherem Zuwandereranteil.

**Tabelle 6: Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 in Duisburg und ihre Veränderungen gegenüber der Bundestagswahl 2009 in Stadtgebieten mit unterschiedlicher sozialer Belastung und Bevölkerungszusammensetzung**

	Wahlbeteil.		CDU		SPD		FDP		GRÜNE		DIE LINKE		AFD
	B '13	Diff	B '13	Diff	B '13	Diff	B'13	Diff	B '13	Diff	B '13	Diff	B '13
hohe Arbeitslosigkeit	44,8	1,8	19,8	0,7	46,4	4,6	1,7	-5,1	4,2	-3,3	12,1	-5,3	5,3
niedrige Arbeitslosigkeit	59,6	-0,5	39,1	8,0	35,1	1,4	3,7	-8,8	6,1	-3,1	5,3	-2,9	4,7
hohe Beschäftigtenquote	57,5	-0,4	38,4	7,4	35,6	1,2	3,6	-8,2	5,8	-2,6	5,4	-3,5	5,0
niedrige Beschäftigtenquote	44,6	2,1	19,0	0,1	47,3	5,2	1,7	-4,9	4,2	-3,3	11,9	-5,6	5,1
hohe SGB II - Dichte	44,6	2,1	19,0	0,1	47,3	5,2	1,7	-4,9	4,2	-3,3	11,9	-5,6	5,1
niedrige SGB II - Dichte	59,6	-0,5	39,1	8,0	35,1	1,4	3,7	-8,8	6,1	-3,1	5,3	-2,9	4,7
hoher Zuwandereranteil	45,0	1,8	19,2	0,5	46,5	4,9	1,8	-4,7	4,7	-3,2	11,9	-6,1	5,3
niedriger Zuwandereranteil	60,2	0,0	36,4	6,5	37,2	2,0	3,3	-7,9	6,3	-3,0	5,8	-3,1	4,8
<b>Duisburg insgesamt</b>	<b>67,4</b>	<b>2,4</b>	<b>28,4</b>	<b>3,3</b>	<b>40,9</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>-6,2</b>	<b>6,1</b>	<b>-2,4</b>	<b>8,3</b>	<b>-4,2</b>	<b>5,2</b>

Eine besonders starke soziale Polarisierung in ihrer Wählerschaft weist üblicherweise die FDP auf. Ihr Stimmenanteil war auch bei diesen Wahlen in privilegierten Stadtgebieten gut doppelt so hoch wie in benachteiligten Gebieten, und dasselbe Verhältnis galt auch zwischen Ortsteilen mit höherem bzw. niedrigerem Zuwandereranteil. Diese Unterschiede haben sich allerdings gegenüber der Bundestagswahl 2009 abgeschwächt: Die

FDP verlor in den privilegierten Stadtgebieten mit niedrigem Zuwandereranteil überdurchschnittlich Stimmen, während ihre Verluste in den sozial belasteten Gebieten mit hohem Zuwandereranteil unter dem Duisburger Durchschnitt lagen.

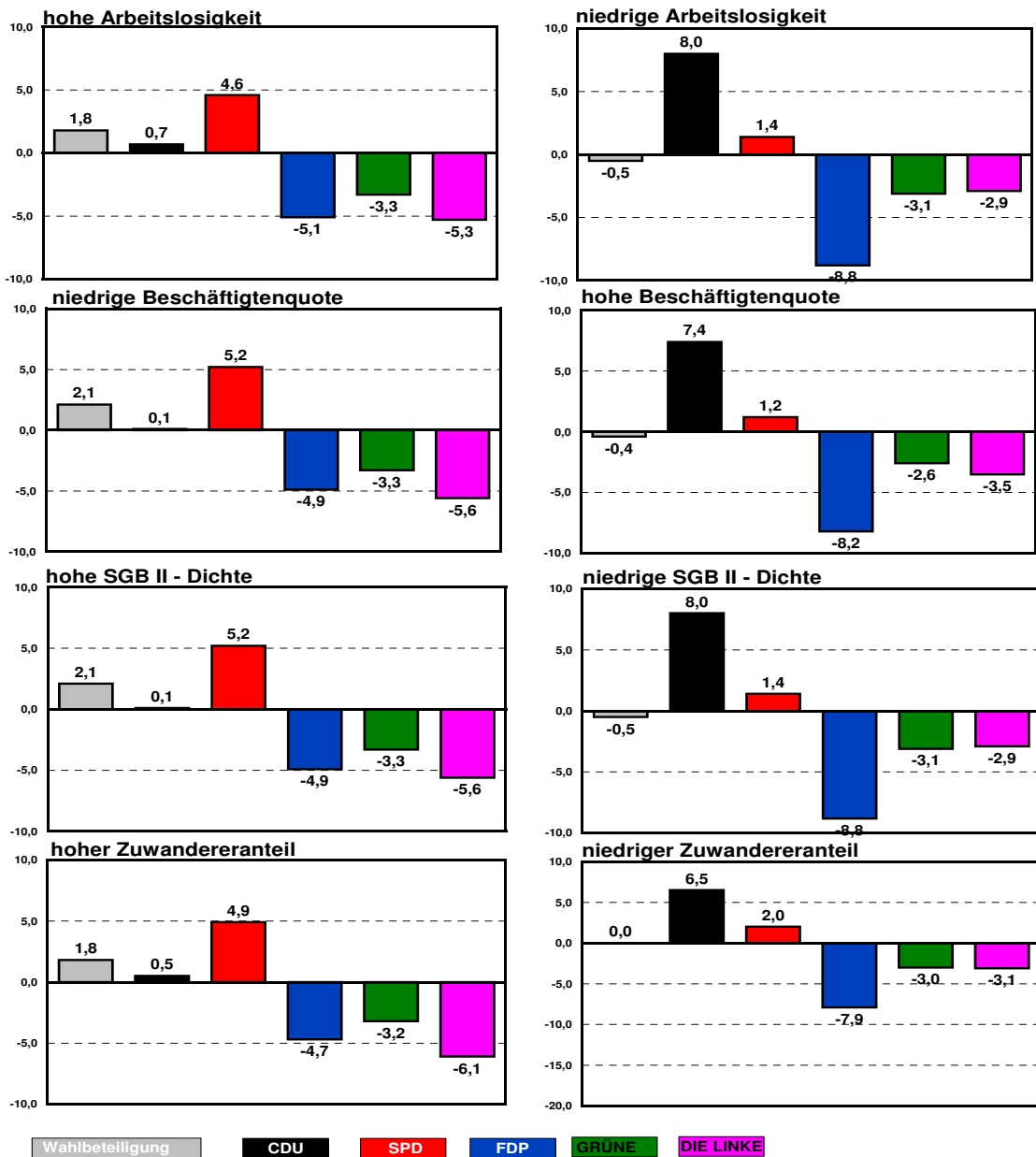
In Bezug auf die Wahlergebnisse in beiden Gebietstypen weisen die GRÜNEN ebenfalls ein relativ ausgeglichenes Verhältnis auf. Allerdings




# Bundestagswahl 2013

## Wahlergebnisse in Stadtgebieten mit unterschiedlicher sozialer Belastung und Bevölkerungszusammensetzung

Veränderungen gegenüber der Bundestagswahl 2009 (in Prozentpunkten)



Stadt Duisburg, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik..... 

wurden sie bei dieser Wahl deutlich häufiger in privilegierten Stadtgebieten mit niedrigem Zuwandereranteil als in benachteiligten Ortsteilen mit höherem Zuwandereranteil gewählt. Diese Tendenz hat sich gegenüber der letzten Bundestagswahl dadurch leicht verstärkt, dass die Verluste der GRÜNEN in den benachteiligten Ortsteilen mit hohem Zuwandereranteil etwas stärker ausgefallen sind als in den privilegierten Gebiete mit niedrigerem Zuwandereranteil.

Die LINKE weist die stärkste Polarisierung ihrer Wählerschaft in Bezug auf die hier betrachteten

Merkmale auf. Sie wurde mehr als doppelt so häufig in benachteiligten Stadtgebieten mit höherem Zuwandereranteil wie in den privilegierten Vergleichsgebieten gewählt. Dieser Unterschied hat sich bei der Bundestagswahl 2013 allerdings verringert: Die LINKE hat in den benachteiligten Stadtteilen mit höherem Zuwandereranteil überdurchschnittlich verloren; in den privilegierten Stadtteilen mit niedrigem Zuwandereranteil hat sie hingegen deutlich geringere Stimmenverluste hinnehmen müssen als in der Gesamtstadt.

Insgesamt hat sich die eingangs formulierte Hypothese also bestätigt: Für die Mehrzahl der verwendeten Indikatoren existieren einheitliche Einflüsse der sozialen Belastung und der Bevölkerungszusammensetzung von Stadtgebieten auf die Wahlentscheidung ihrer Bewohner. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei dieser Wahl passte allerdings nicht in dieses Muster. Darüber hinaus haben sich die für die Bundestagswahl 2009 festgestellten Trends nicht durchweg verstärkt, sondern sich in einigen wenigen Fällen sogar abgeschwächt.

Dass diese Unterschiede und Trends gleichermaßen für das Merkmal soziale Belastung und für den Zuwandereranteil der Duisburger Ortsteile gelten, hängt unter anderem damit zusammen, dass in den Duisburger Ortsteilen eine hohe soziale Belastung im Regelfall einher geht

mit einem hohen Zuwandereranteil (und umgekehrt in privilegierten Ortsteilen meist deutlich weniger Zuwanderer leben).

Von besonderem Interesse ist bei dieser Wahl die Zusammensetzung und der Hintergrund der Wählerschaft der AfD als erstmals angetretener Partei, die in Duisburg auf Anhieb mehr als 5 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Zwischen den beiden unterschiedlichen Gebietstypen ergeben sich allerdings nur geringfügige Unterschiede: In den sozial belasteten Ortsteilen mit höherem Zuwandereranteil ist die Zustimmung zu den Anliegen der AfD leicht höher als in den privilegierten Gebieten mit niedrigerem Zuwandereranteil. Insgesamt weist die AfD damit das mit Abstand ausgeglichene Ergebnis zwischen beiden Gebietstypen auf.

## Die Duisburger Ergebnisse nach Alter und Geschlecht

Zur Bundestagswahl 2013 ist erneut eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden. Dabei wurden den Wählern in 24 möglichst repräsentativen Stimmbezirken nach Altersgruppen und Geschlecht unterschiedene Stimmzettel ausgehändigt. Ausgewertet wurden ausschließlich die Zweitstimmen der Urnenwähler.

Eine besondere Bedeutung für das Wahlergebnis kommt dem Wahlverhalten der älteren Bevölkerung zu (bei dieser Wahl betrug der Anteil der 60-Jährigen und Älteren an allen Wahlberechtigten in Duisburg 34,9 %).

Aufgrund des wachsenden Gewichts und der zunehmenden Differenzierung dieser Altersgruppe hat der Deutsche Bundestag entschieden, die Altersklasse der 60-Jährigen und Älteren auf die Gruppe der 60-69-Jährigen und der 70-Jährigen und Älteren aufzuteilen. Diese Entscheidung wird durch die Wahlergebnisse deutlich gestützt.

Tatsächlich weist bereits das Wahlverhalten bei beiden Gruppen deutliche Unterschiede auf: Während die 60-69-Jährigen mit nahezu 70 % einen absoluten Spitzenwert der Wahlbeteiligung realisieren, liegt die Beteiligung der 70-Jährigen und Älteren sogar leicht unter dem Durchschnitt aller Altersgruppen (vgl. Tab. 7). Die traditionell hohe Wahlbeteiligung der Gesamtgruppe der 60-Jährigen und Älteren setzte sich demnach aus dem deutlich unterschiedlichen Wahlverhalten zweier Gruppen zusammen, das mit der neuen Al-

tersklassenaufteilung auseinander gehalten werden kann.

Die Unterschiede zwischen beiden Gruppen betreffen auch die Wahlentscheidungen für die einzelnen Parteien und gelten gleichermaßen für beide Geschlechter. Unterschiedliche Effekte für die zur Wahl stehenden Parteien ergeben sich entsprechend der Rolle, die ältere Wähler für die jeweilige Partei spielen: Bei der SPD und CDU, die traditionell größeren Anklang bei den 60-Jährigen und Älteren finden, liegen die Ergebnisse für die Gruppe der 70-Jährigen und Älteren deutlich über denen der 60-Jährigen und Älteren. Bei der FDP, die bei den letzten Wahlen eine relativ gleichmäßige Aufteilung ihrer Stimmen auf alle Altersklassen aufwies, fällt dieser Unterschied nur relativ gering ins Gewicht. Die GRÜNEN, die LINKE und die sonstigen Parteien, die vor allem von jüngeren Wählern gewählt werden, finden umgekehrt deutlich häufiger Zustimmung bei den 60-Jährigen und Älteren als in der ältesten Wählergruppe.

Daten, die es erlauben die Veränderungen in diesen neuen Altersgruppen zwischen unterschiedlichen Wahlen zu identifizieren, stehen allerdings erst bei den 2014 stattfindenden Europa- und Kommunalwahlen zur Verfügung. Dementsprechend wurden die beiden Altersklassen für den aktuellen Vergleich zusammengefasst.

Abgesehen von der oben angesprochenen Differenzierung innerhalb der älteren Wähler folgt

die Wahlbeteiligung der statistischen Gruppen weitgehend den bekannten Mustern: Sie liegt am niedrigsten bei den jüngsten Wählern und nimmt von dort aus mit wachsendem Alter der Wähler zu. Eine Ausnahme stellen bei der aktuellen Wahl, wie gesagt, die 70-jährigen und Älteren dar. Dies gilt insbesondere für die weiblichen Wähler dieses Alters, die sich deutlich seltener beteiligen als die mittleren Altersgruppen (vgl. Tab. 7 u. Abb. 12).

Aufgrund einer weiteren methodischen Umstellung können für die Bundestagswahl 2013 die Veränderungen in der Wahlbeteiligung nicht nachvollzogen werden: Bei den bisherigen Duisburger Wahlberichten wurde die Wahlbeteiligung aufgrund der Anzahl *aller* Wahlberechtigten berechnet; dadurch wurden auch diejenigen Wahlberechtigten einbezogen, die Briefwahl beantragt hatten. Da die Anzahl der Wähler, die für die repräsentative Wahlstatistik berücksichtigt wurden, sich nur auf die Urnen-

**Tabelle 7: Wahlverhalten von Männern und Frauen nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013 und Differenz zur Bundestagswahl 2009 - Urnenwähler**

	Wahlbeteil.		CDU		SPD		FDP		GRÜNE		DIE LINKE		Sonstige	
	B' 13	Diff. B'09	B' 13	Diff. B'09	B' 13	Diff. B'09	B' 13	Diff. B'09	B' 13	Diff. B'09	B' 13	Diff. B'09	B' 13	Diff. B'09
<b>Männer</b>														
18-24 Jahre	52,2		19,7	5,3	35,5	6,3	3,2	-6,4	6,0	-6,2	9,8	-3,1	25,8	4,1
25-34 Jahre	52,3		21,4	4,0	33,7	6,5	2,9	-10,4	6,1	-2,9	8,9	-7,9	27,0	10,7
35-44 Jahre	59,0		22,4	4,6	37,1	1,8	3,0	-9,0	5,7	-4,4	8,7	-7,0	23,2	14,1
45-59 Jahre	62,9		22,6	3,8	43,6	2,5	2,2	-5,6	6,1	-2,8	9,8	-8,4	15,7	10,5
60-69 Jahre	66,5		31,0		42,7		1,7		4,1		10,4		10,0	
70 Jahre u.ä.	65,1		34,2	3,5	48,4	-0,3	3,0	-4,6	2,3	-1,1	6,7	-2,5	5,4	4,9
Männer insgesamt	60,5		25,3	3,8	41,4	2,3	2,6	-6,4	5,1	-2,8	9,1	-5,7	16,5	8,8
<b>Frauen</b>														
18-24 Jahre	55,0		22,7	3,2	33,8	0,3	2,5	-5,3	8,3	-6,5	8,3	-4,6	24,4	12,9
25-34 Jahre	59,9		24,6	-0,4	38,4	12,9	3,6	-8,5	7,0	-5,9	8,8	-6,5	17,6	8,3
35-44 Jahre	62,9		26,9	5,7	35,7	-1,1	2,6	-7,7	8,6	-3,6	8,6	-4,9	17,5	11,6
45-59 Jahre	66,2		28,2	5,1	40,8	1,0	2,2	-6,6	6,6	-3,9	8,2	-4,6	14,1	9,2
60-69 Jahre	72,8		35,1	5,0	42,5	-1,9	2,4	-5,0	3,1	-1,5	8,8	-0,5	8,2	4,0
70 Jahre u.ä.	59,2		40,4		47,3		2,7		2,6		2,6		4,4	
Frauen insgesamt	63,1		30,9	4,3	40,9	0,7	2,6	-6,2	5,7	-3,3	7,2	-3,2	12,8	7,9
<b>Männer und Frauen</b>														
18-24 Jahre	53,6		21,2	4,3	34,7	3,4	2,9	-5,8	7,1	-6,4	9,0	-3,9	25,1	8,4
25-34 Jahre	55,9		23,0	1,9	36,1	9,7	3,3	-9,4	6,6	-4,3	8,8	-7,2	22,2	9,3
35-44 Jahre	60,9		24,7	5,2	36,4	0,4	2,8	-8,4	7,2	-4,0	8,7	-5,9	20,3	12,8
45-59 Jahre	64,5		25,3	4,3	42,2	1,8	2,2	-6,1	6,3	-3,4	9,0	-6,5	14,9	9,8
60-69 Jahre	69,7		33,1		42,6		2,1		3,6		9,6		9,1	
70 Jahre u.ä.	61,6		37,8	4,3	47,8	-1,1	2,8	-4,8	2,5	-1,3	4,3	-1,4	4,8	4,4
Duisburg insgesamt	61,8		28,2	4,1	41,2	1,5	2,6	-6,3	5,4	-3,1	8,1	-4,5	14,6	8,3

wähler bezog, hat sich daraus regelmäßig ein deutlicher Unterschied (bis zu 10 %) zwischen der amtlich festgestellten und der in der repräsentativen Wahlstatistik ausgewiesenen Wahlbeteiligung ergeben. Um beide Werte einander anzunähern, wurden bei dieser Wahl für die Berechnung der Wahlbeteiligung erstmals nur die Wahlberechtigten berücksichtigt, die keine Briefwahl beantragt haben.

Die Wähler der SPD waren bei diesen Wahlen erneut stärker unter den älteren Geburtsjahrgängen vertreten. Diese Tendenz ist bei den weiblichen Wählern etwas schwächer ausgeprägt. Die deutlichen Zugewinne der SPD in den beiden jüngsten Alterklassen haben insgesamt dazu geführt, dass die Unterschiede im Wahlverhalten jüngerer und älterer Wähler

geringfügiger geworden sind. Besonders ins Auge fallen hierbei die hohen Zugewinne der SPD bei den weiblichen Wählern zwischen 25 und 34 Jahren (nahezu 13 %) (vgl. Abb. 12).

Die CDU-Wählerschaft verteilte sich bei der Bundestagswahl 2013 in beiden Geschlechtern relativ gleichmäßig über die Alterklassen, mit einer etwas geringeren Besetzung der jüngsten Altersklasse und einem deutlich höheren Stimmenanteil in der ältesten Jahrgangsklasse. Auch die Zuwächse gegenüber der Bundestagswahl 2009 verteilen sich relativ regelmäßig auf alle Altersklassen. Eine Besonderheit stellt hierbei erneut die Altersklasse zwischen 25 und 34 Jahren dar: In dieser Klasse muss die CDU bei den weiblichen Wählern sogar geringfügige Verluste hinnehmen, was

zu deutlich unterdurchschnittlichen Zuwächsen für diese Altersklasse insgesamt führt.

Die Wähler der FDP verteilen sich in beiden Geschlechtern relativ gleichmäßig auf alle Altersklassen, mit einem leichten Schwergewicht bei den jüngeren Wählern. Die Verluste der FDP gegenüber der letzten Bundestagswahl sind am stärksten in den mittleren Altersklassen zwischen 25 und 44 Jahren und dies gilt insbesondere für die männlichen Wähler.

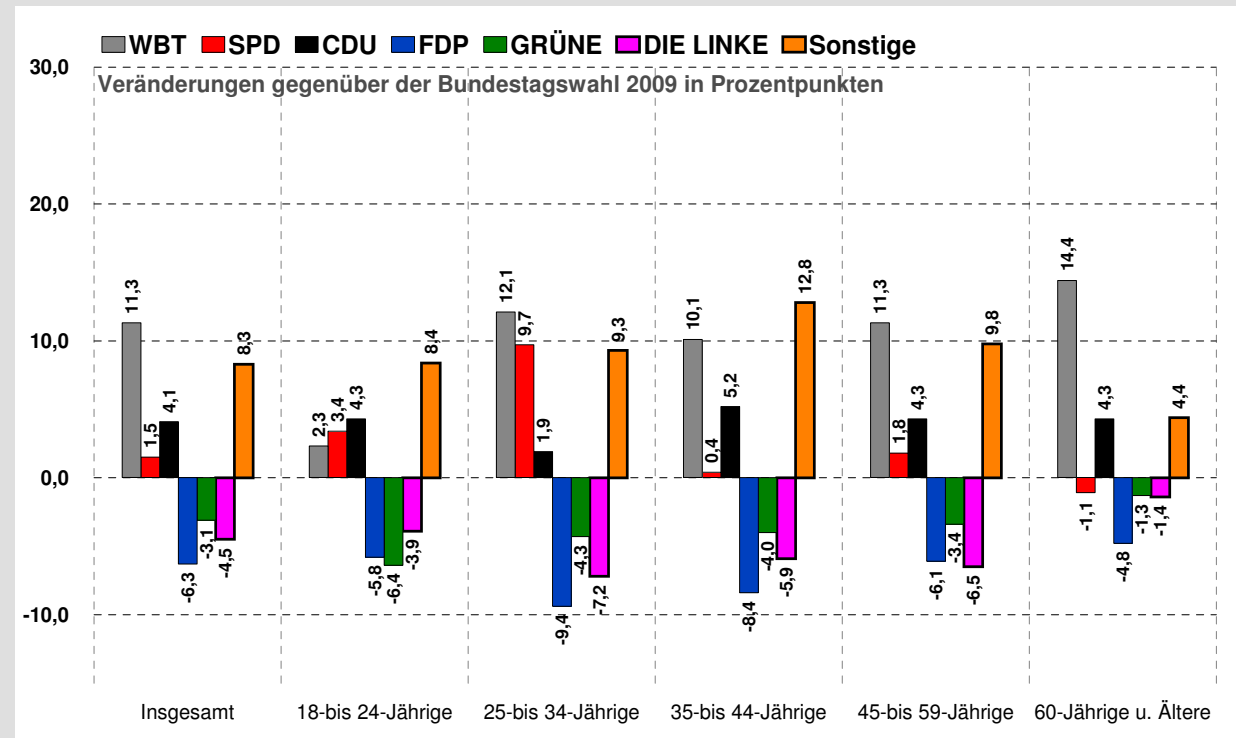
Die Wähler der GRÜNEN verteilen sich bei dieser Wahl ebenfalls relativ gleichmäßig auf das gesamte Altersspektrum, mit Ausnahme der Wähler mit 60 und mehr Jahren, die deutlich unterdurchschnittlich die GRÜNEN wählen. Diese stärkere Gleichverteilung gegenüber früheren Wahlen ergibt sich daraus, dass die

Verluste der GRÜNEN vor allem die jüngeren Altersklassen betreffen, bei denen sie bei den bisherigen Wahlen die besten Resultate erzielen konnten. Auch die traditionelle Präferenz weiblicher Wähler für die GRÜNEN wird durch die größeren Verluste der GRÜNEN bei dieser Wählergruppe tendenziell eingegeben.

Die LINKEN wurden relativ gleichmäßig in allen Altersklassen gewählt, wobei die 60-Jährigen und Älteren auch bei dieser Wahl deutlich unterrepräsentiert sind. Die LINKEN wurden erneut deutlich häufiger von Männern als von Frauen gewählt. Dadurch, dass die Verluste der LINKEN bei den Männern nahezu doppelt so hoch sind wie bei den weiblichen Wählern, verringert sich dieser Unterschied allerdings. Altersmäßig verteilen sich auch die Verluste der LINKEN relativ gleichmäßig auf alle Klassen; sie fallen al-

# Bundestagswahl 2013

## Wahlergebnisse nach Altersgruppen (Urnenwahl)



Stadt Duisburg, Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik



lerdings bei den 60-Jährigen und Älteren deutlich geringer aus, was deren relatives Gewicht unter den Wählern der LINKEN erhöht und zu einer größeren Gleichverteilung der Wählerschaft über alle Altersklassen führt.

Die ungleichmäßigste Alters- und Geschlechterverteilung weisen erneut die Wähler der sonstigen Parteien auf. Bei beiden Geschlechtern

sind die jüngsten drei Altersklassen deutlich überdurchschnittlich besetzt, während die ältesten (insbesondere die älteste) Altersgruppen nur sehr schwach vertreten sind. Weiterhin werden diese Parteien deutlich von männlichen Wählern bevorzugt. Auch die Zugewinne dieser Parteien betreffen vor allem die jüngere Wählerschaft, allerdings durchaus auch die Gruppe der 44-59-Jährigen; besonders ins

Auge fallen hierbei die in beiden Geschlechtern deutlich überdurchschnittlichen Zuwächse bei den 35 bis 44-Jährigen. Weiterhin unterdurchschnittlich bleiben aber die Zuwächse bei den 60-Jährigen und Älteren.

Das Spektrum der sonstigen Parteien ist selbstverständlich sehr breit und bedarf von daher einer weiteren Differenzierung. Besonders relevant war für diese Wahl und die spezifische Duisburger Situation die Frage, wie sich die Anteile der Wähler für ‚rechte‘ Parteien zwischen Altersklassen und Geschlechtern gegenüber vorangegangenen Wahlen entwickelt haben. Darüber hinaus ist die Frage von Interesse, ob sich auch die in Duisburg relativ hohen Wahlergebnisse der neuangetretenen AfD nach dem Alter und dem Geschlecht der Wähler unterscheiden.

Die ‚rechten‘ Parteien haben in Duisburg insgesamt leicht zugelegt, und ihre Verteilung auf Altersklassen entspricht weiterhin ihrem Charakter als ‚Protestparteien‘: Besonders hohen Zuspruch finden sie bei den beiden jüngsten Altersklassen (mit ca. 8,5 %), während sie in

der Klasse der 70-Jährigen und Älteren gerade 0,9 % erreichen. Wie auch bei früheren Wahlen werden sie deutlich häufiger von Männern als von Frauen gewählt (5,5 zu 3,6 %).

Eine weitaus ausgeglichenerere Altersstruktur weisen die Wähler der AfD auf: Zwar wird auch diese Partei häufiger von jüngeren und insbesondere ‚mittelalten‘ Wählern gewählt (mit Anteilen von 7,3 % bei den 35-44-Jährigen); sie weist aber allein in der ältesten Altersklasse der 70-Jährigen und Älteren deutlich unterdurchschnittliche Ergebnisse auf (2,6 %). Dadurch trägt die AfD eindeutig zu den oben angesprochenen Zuwächsen der sonstigen Parteien in den mittleren Altersklassen und damit zu einer insgesamt ausgeglicheneren Altersverteilung dieser Parteien bei. In Bezug auf die Verteilung zwischen den Geschlechtern ergibt sich ein ähnlicher Befund wie für die ‚Rechten‘: Auch die AfD wird deutlich häufiger von Männern als von Frauen (6,2 zu 4,6 %) gewählt.

## Entwicklung von Wahlbeteiligung

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland an den Wahlen hat seit 1949 auf allen Ebenen des politischen Systems tendenziell abgenommen: In den letzten 14 Jahren hat sich die Nichtwählerzahl mehr als verdoppelt. Im internationalen Vergleich ist die Wahlbeteiligung in Deutschland immer noch relativ hoch, für die deutschen Verhältnisse bewegt sie sich jedoch auf einem ungewohnt niedrigen Niveau. Bei der Bundestagswahl 2005 lag der Nichtwähleranteil bei 22,3 %.

Die Diskussion um die Wahlbeteiligung ist in der Literatur keineswegs entschieden. Die einen sehen in der mäßig sinkenden Quote eine zunehmende Delegitimierung der Parteien bzw. des gesamten politischen Systems. Sie interpretieren die sinkende Wahlbeteiligung in den alten Bundesländern als Ausdruck von Protest.

Als Ursachen werden genannt:

- Parteien- und Politikverdrossenheit,
- Unzufriedenheit mit dem politischen System,
- soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit.

Wählen gilt nicht mehr als „Bürgerpflicht“, Parteibindungen nehmen ab. Die Zahl derer, die sich unabhängig und kurzfristig entscheiden, steigt indes von Wahl zu Wahl.

Für andere wiederum ist eine niedrigere Wahlbeteiligung ein Zeichen für Zufriedenheit. So spiegelt die sinkende Wahlbeteiligung – folgt man dieser Argumentation – einen Normalisierungstrend wider.

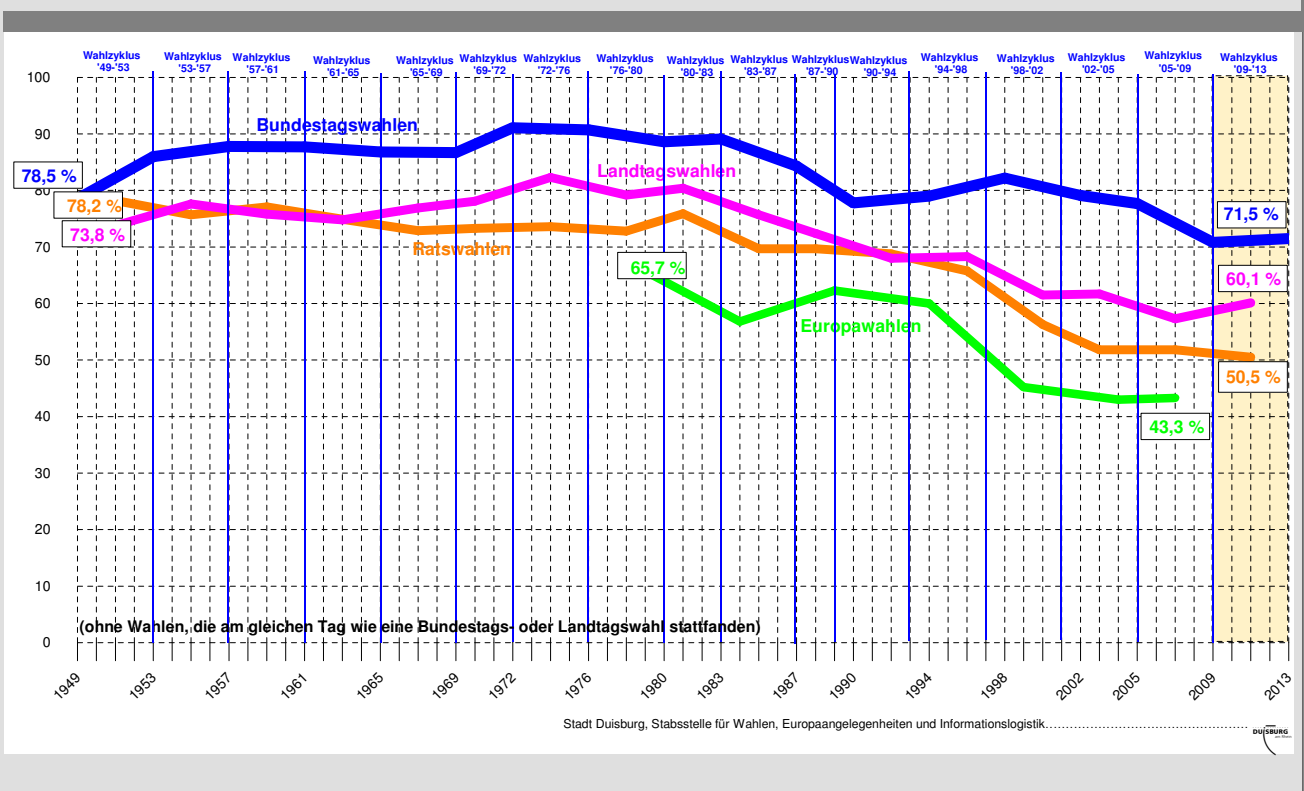
Am 22. September 2013 waren rund 62 Millionen Wahlberechtigte aufgefordert, den 18. Deutschen Bundestag zu wählen. Die Beteiligung lag mit 71,5 % nur leicht über der von 2009, als 70,8 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Insgesamt waren rund 61,8 Millionen Bürger stimmberechtigt - darunter drei Millionen Erstwähler.

Zwar ist die Wahlbeteiligung damit etwas höher als noch vor vier Jahren, dennoch haben weit mehr als 17 Millionen Menschen ihr Recht, die Politik des Landes mitzubestimmen, nicht wahrgenommen. Die Wahlbeteiligung ist damit die zweitniedrigste, die es je bei einer Bundestagswahl gab.

Wer sind eigentlich diese Nichtwähler? Immer wieder versucht die Statistik sie zu erfassen. Zahlreiche Studien (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung) haben sich mit dem Nichtwähler beschäftigt. Das Ergebnis: Der typische Nichtwähler ist eher arm und hat insgesamt eher seltener Abitur und ist rein statistisch gesehen etwas häufiger eine Frau. Er lebt häufiger in Ost- als in Westdeutschland, wohnt seltener im Eigenheim und häufiger in Hochhaussiedlungen. Er ist im Schnitt eher jung als alt, und seine wirtschaftliche Zukunft sieht er eher pessimistisch. Die Nichtwähler ergäben eine mächtige Partei. 17,6 Millionen Bürger haben bei der Bundestagswahl nicht gewählt. Rechnet man die Nichtwähler hinzu, sähe das Wahlergebnis vom Sonntag ganz anders aus. Angela Merkels CDU käme dann auf 24,1 %, die SPD auf 18,2 %.

Nichtwähler gibt es nicht nur in Deutschland. Auch in den Nachbarländern ist dieses Phänomen zu beobachten. Aber nicht überall gibt es so viele wie in Deutschland. In Belgien gehen die Wahlforscher von zehn Prozent Nichtwählern aus. Kein Wunder: In Belgien gilt Wahlzwang. Aber auch in Schweden und Dänemark gibt es viel weniger Nichtwähler als in Deutschland. Wahlforscher haben die Länder verglichen und festgestellt: Je ungleicher Einkommen, Bildung und soziale Vernetzung, desto weniger Bürger sind mit der Demokratie zufrieden und desto weniger haben sie Vertrauen in Politik. Und desto weniger gehen sie zur Wahl. In Dänemark etwa sind Einkommen und Chancen gerechter verteilt als in Deutschland. Aus diesem Grund hat Dänemark weit weniger Nichtwähler als die Bundesrepublik.

Wahlbeteiligung bei Europa-, Bundestags-, Landtags- und Ratswahlen



Bundesgebiet

## Resümee

Die Union hat die Bundestagswahl klar gewonnen, ihr bisheriger Koalitionspartner FDP ist aber an der Fünfprozenthürde gescheitert. Die schwarz-gelbe Koalition ist somit abgewählt. Der Wahlsieg der Union ist vor allem ein Wahlsieg von Angela Merkel. Fast 40 % der Wähler von CDU und CSU gaben die Kanzlerin als wichtigsten Grund für ihre Entscheidung an. Damit war sie von allen Spitzenkandidaten das mit Abstand erfolgreichste Zugpferd, um Wähler zu mobilisieren. Ihre Popularität gründet sich unter anderem darauf, dass ihr rund 60 % der Bundesbürger bescheinigen, in der Euro-Krise richtig gehandelt zu haben und vorrangig eine Politik zugunsten des Landes zu betreiben - und nicht Parteipolitik.

Die FDP ist an diesem Wahlsonntag in einen tiefen Abgrund gestürzt: Sie ist erstmals in der Geschichte im Deutschen Bundestag nicht mehr vertreten und hat nur ganz knapp den Einzug in den Hessischen Landtag geschafft. Die Zweitstimmenkampagne und die flehentlichen Bitten um eine „Merkel-Stimme“ für die Liberalen war der symbolträchtige Tiefpunkt eines nicht erfolgreichen Wahlkampfes: Weder hat die FDP deutlich machen können, wofür sie im Unterschied zur Union steht bzw. was der Anteil der FDP an den „Regierungserfolgen“ ist, noch hat ihr Führungspersonal auf die Wähler Eindruck gemacht – das gilt für die Ministerriege wie für den Spitzenkandidaten Brüderle, auch wenn der nicht im Vollbesitz seiner Kräfte war.

Der eigentliche Grund für den Absturz der FDP liegt allerdings fast vier Jahre zurück. Der teilweise misslungene Auftakt der schwarz-gelben Regierung hat das alte Sprichwort vom Hochmut, der vor dem Fall kommt, bestätigt. Als die Umfragen immer katastrophaler wurden, hat sie im Mai 2011 mit einem Führungswechsel die Notbremse gezogen. Aber auch dieser „Putsch“ war nicht konsequent, vor allem blieb die Führungsfrage letztlich ungeklärt: Rösler konnte Anfang des Jahres nur deshalb Parteivorsitzender bleiben, weil er Brüderle den Job als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl überließ.

Die FDP braucht jetzt eine Grundsanierung – personell wie programmatisch. Der Neuaufbau wird aus den Ländern kommen müssen, von Christian Lindner in Nordrhein-Westfalen, der sich rechtzeitig aus der Bundespolitik zurückgezogen hatte, vielleicht auch von Wolfgang

Kubicki aus Schleswig-Holstein, der sich allerdings bisher vor allem als Irrlicht hervorgetan hat, aber bei Wahlen erfolgreich war. Ob die Liberalen sich jetzt wieder konsequent marktwirtschaftlich ausrichten oder künftig auch für die SPD „anschlussfähig“ werden wollen, wird die Debatte der kommenden Monate sein.

Doch nach dieser Wahl ist vieles nicht mehr so, wie es einmal war – weder für CDU und CSU, noch für die SPD. Die Union hat ihren wichtigsten Bündnispartner verloren: die FDP, die auch mit dem Trostpflaster aus Hessen das schwarz-gelbe Bündnis nicht mehr retten kann. Im Augenblick ihres größten Erfolges steht die Union deshalb gewissermaßen so allein da, wie lange nicht mehr und muss entweder auf die SPD oder die GRÜNEN zugehen.

Die Union kann allerdings durchaus mit dem Gedanken spielen, diesen Schritt in Bezug auf die GRÜNEN zu tun, zumal inzwischen personelle Veränderungen vorgenommen wurden (Rücktritt von Roth, Beck, Künast und Trittin). Dagegen sprechen die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat: Schwarz-Grün wäre nicht nur immer wieder mit sich selbst beschäftigt, sondern stünde auch wegen der Länderkammer vor einer dauernden Zerreißprobe. Doch nicht nur in der Union (Laschet) gibt es Repräsentanten, die ein solches Bündnis nicht nur zum Schein vorantreiben wollen. Mit Göring-Eckhardt und Özdemir bringen sich zwei Politiker in Position, deren Sympathien für eine Koalition mit der Union nachgesagt werden. Die Grünen sind wieder da gelandet, wo sie vor „Fukushima“ waren – in der linken Ecke, allerdings ohne Alleinstellungsmerkmal. Das hat ihnen zum einen Angela Merkel streitig gemacht (Energiewende), zum anderen sind SPD und Linkspartei kompetenter (Gerechtigkeit).

Schlugen die Grünen die Möglichkeit aus, ein schwarz-grünes Bündnis einzugehen, verpassten sie die Gelegenheit, die sich ihnen aus der Niederlage der FDP ergibt. Sie könnten sich zu der linksliberalen und wertkonservativen Kraft entwickeln, die eine wirtschaftsliberale FDP zuletzt nicht mehr sein wollte. Der Platz ist frei. Für die Grünen wäre es eine Bewegung in Richtung der Südwest-Grünen, die sowohl mit der SPD als auch mit der CDU koalitionsfähig sind.

Unter Beteiligung der SPD ist rein rechnerisch die Bildung zweier Regierungskoalitionen möglich, zum einen eine große Koalition mit der CDU/CSU, zum anderen eine ‚linke‘ rot-rot-grüne Koalition.

Letztere Option hat die SPD im Wahlkampf definitiv ausgeschlossen. Auch wenn in ihren Reihen aktuell Stimmen laut werden, die diese Option erneut ins Spiel zu bringen suchen, würde dies mit einem enormen Glaubwürdigkeitsverlust der SPD verbunden sein – könnte im Extremfall sogar zu einen ‚Ypsilanti-Effekt‘ führen. Von daher ist diese Koalitionsoption für die SPD zur Zeit mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen.

Die Möglichkeit, erneut in eine große Koalition mit der CDU/CSU einzutreten, kann allerdings für die SPD ebenfalls zu einer Zerreißprobe werden, da nicht nur die Parteibasis, sondern auch einflussreiche Landesparteien diese Koalitionsoption mit dem Hinweis auf die Erfahrungen aus der letzten Großen Koalition nicht bereit sind mitzutragen.

Knapp zehn Prozent der Wähler, die FDP und die AfD gewählt haben, werden sich in diesem neuen Bundestag nicht wiederfinden. Die Verschiebungen, die sich aus dieser Wahl ergeben, werden deshalb noch lange Zeit nach-

wirken. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben, auch darüber wird die künftige Regierungskoalition entscheiden.

Kommt es zur großen Koalition, hier existieren derzeit seitens der SPD erhebliche Vorbehalte, werden davon die kleinen Parteien, jede für sich, profitieren. Regiert Schwarz-Grün, und beanspruchen die Grünen die Rolle, die bislang die FDP gespielt hat, wird das der AfD bleibenden Aufwind geben. Sie ist besonders in Ostdeutschland stark – und 2014 ist ein ostdeutsches Wahljahr.

Unabhängig in welcher Konstellation die neue Bundesregierung konstituiert wird, sie steht vor enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie z.B. der

- Bewältigung der europäischen Schuldenkrise,
- Umstellung der Energieversorgung von der Kernkraft auf erneuerbare Energien,
- Schaffung eines gerechten Steuersystems,
- Gestaltung eines fairen Arbeitsmarktes, Abbau A-typischer Beschäftigungsverhältnisse,
- Beseitigung des erheblichen Investitionsstaus bei der Infrastruktur,
- Reform der Pflegeversicherung,
- Entlastung überschuldeter Kommunen und Sanierung öffentlicher Haushalte sowie
- Gestaltung des demografischen Wandels.

Impressum:	Stadt Duisburg Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik Bismackplatz 1, 47198 Duisburg
Internet:	<a href="http://duisburg.de">http://duisburg.de</a>
Redaktion:	Dr. Stefan Böckler, Tobias Hannemann, Roland Richter, Dr. Jens Stuhldreier, Robert Tonks
Grafik/DV:	Tobias Hannemann, Thomas Janke, Wolfgang Kronen, Ralf Maas, Roland Richter
Verantwortlich:	Burkhard Beyersdorff
Duisburg, den 26. September 2013	